

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:  
Erich Alfringhaus, Berlin.  
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:  
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8  
Draftanschrift: Copadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsersten, wenn nicht anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 6. Mai 1931

Soc. Geschiedenis  
Amsterdam Brotpreis und Volksgesundheit.

SPD. Die Volksgesundheit ist abhängig von der jeweiligen politischen und sozialen Situation in einem Volke. Sie ist infolgedessen ein Politikum, d.h. sie kann nur durch politische und soziale Massnahmen gehoben oder geschädigt werden. Unsere Staatsmänner und Politiker begehen den schweren Fehler, die gesundheitlichen Auswirkungen ihrer Politik nicht genügend zu berücksichtigen; besonders deutlich tritt dieser verhängnisvolle Fehler in die Erscheinung bei der Ernährungspolitik. Das Reichsernährungsministerium sieht seine Lebensaufgabe nicht darin, der Bevölkerung die für seine Gesundheit wesentliche Nahrung zu verschaffen, sondern es tut das Gegenteil: durch eine volksfeindliche Zoll- und Preisgestaltung wird in den letzten Monaten der Preis gerade des wichtigsten Nahrungsmittels, des Brotes, in die Höhe getrieben, wird die Einfuhr billigen Getreides und Mehles aus dem Auslande unterbunden, wird der Brotpreis nach oben gejagt, wird die Lebenshaltung des Volkes in einem gefährlichen Ausmass bedroht.

Die gesundheitlichen Auswirkungen dieser Politik sind nicht abzusehen. Wir wollen hier auf die ungeheure psychologische Wirkung dieser ständigen Reizung des Volkes im einzelnen nicht eingehen. Es ist ein gefährliches Spiel, das da getrieben wird, und man hat das Empfinden, dass sich die Regierung dieser Gefahr nicht voll bewusst ist. Die Lohn- und Gehaltssenkungen, die die Regierung durchgesetzt hat, werden begründet mit der Notwendigkeit, das allgemeine Preisniveau zu senken. Die Brotpolitik des Ernährungsministers konträrkariert diese Absichten, sie treibt den Brotpreis hoch - in wenigen Wochen um 4 Pfg. - und sie stärkt im arbeitenden Volke das Gefühl, dass hier eine Politik der Ungerechtigkeit auf Kosten des Wohls der Arbeiterschaft getrieben wird: die Einkommensgrenze wird gesenkt, gleichzeitig aber der Konsum des wichtigsten Nahrungsmittels erschwert, um die Abgabe des Getreides zu künstlich hochgehaltenen Preisen zu ermöglichen. Die psychologische Folge dieser Politik ist eine latente und konstante Unzufriedenheit, eine explosible Stimmung, die nur auf den auslösenden Funken wartet. Gerade an sich nicht so bedeutsam erscheinende Momente, wie z.B. die Erschwerung der Brotversorgung, können sich zu elementaren historischen Ereignissen auswachsen. Sie sind oft genug die Ursachen schwerster politischer Erschütterungen gewesen. Es sei nur erinnert an die französische Revolution, die durch Hungersnot und Brotmangel zur Auslösung gebracht wurde, an das Jahr 1847 mit den "Brotkravallen" u.a.m. Es gibt eine Grenze des Hungers, bis zu der das Volk antisoziale Regierungsmassnahmen schweigend hinnimmt, den Groll und die Empörung in sich hineinfrißt. Ein kleines Ueberschreiten dieser Grenze jedoch wirkt wie der Funke, der in ein Pulverfass schlägt. Wir haben diese Erfahrung zu Ende des Weltkrieges gemacht. Auch hier hat die Nahrungsfrage als das revolutionäre Auslösungsmoment gewirkt. Wir haben den Eindruck, dass die Regierung Brüning diese psychologische Ge- reiztheit des Volkes unterschätzt.

Was nützt ferner alle Volkshygiene, was nützt "hygienische Volksbeleh-

rung", was nützen die besteingerichteten Krankenhäuser, was nützt überhaupt der Fortschritt der Wissenschaft, wenn zu dem Wohnungselend noch eine katastrophale Ernährungspolitik hinzukommt? Die ärztlichen Organisationen aber schweigen zu alledem! Keine unserer medizinischen Leuchten erhebt sich und protestiert gegen die volksgesundheitsfeindliche Ernährungspolitik! Mag es politische Unbildung sein, mag es bewusst oder unbewusst geschehen: niemals zeigt sich die Sterilität ärztlicher Organisationen in Fragen der allgemeinen Gesundheitspolitik deutlicher als jetzt! Dabei haben schon vor Jahrzehnten führende Männer, Sozialhygieniker und Volkswirtschaftler erkannt, welche Bedeutung der Brotpreis für die Volksgesundheit hat. Dennoch hat keine unserer medizinischen Grössen bisher den Mut gefunden, der gesundheitsfeindlichen Politik Schieles vom Standpunkt der medizinischen Wissenschaft aus entgegenzutreten, obwohl das keine Parteipolitik, sondern ärztliche Pflicht wäre! Oesterlen hat 1860 einmal geschrieben, dass "das Sinken des Brotpreises um einen Groschen der Medizin vielleicht als ein sehr kleines Ding erscheint, aber doch für die Erhaltung der Gesundheit und des Lebens mehr bedeutet, als die ganze Heilkunde!" Wie weit sind unsere Sozialhygieniker gegenüber Oesterlen zurück, trotz Kriegskatastrophe und Nachkriegsnot! Wo ist der Mann, der heute solche offenen Worte spräche? Auf der Tagung des Vereins für Sozialpolitik im Jahre 1901 erklärten die Gegner der hohen Getreidezölle, Lotz und Friedrich Naumann, es sei ein unlösbarer Widerspruch, einerseits Arbeiterschutz- und Arbeiterversicherungsgesetze zu schaffen, und andererseits durch die Zollpolitik die Lebenshaltung der Arbeiter zu verteuern." Und selbst der deutschnationale Helfferrich, der wahrhaft kein Revolutionär war, sagte: "Ich sehe die Industrie vor mir in Gestalt eines wirklichen, lebendigen Industriearbeiters, dem das Zentnergewicht der Lebensmittelzölle auf den Rücken gelegt ist."

Die schärfste Kritik der Zoll- und Handelspolitik, wie sie jetzt der Minister Schiele einzuschlagen beliebt, ging früher von Ärzten aus! "Was man nicht kaufen kann, kann man auch nicht essen", stellte Geheimrat Rubner 1915 fest, "Die Erhaltung normaler Preise ist ebenso wichtig wie die Nahrungsmittelproduktion." Und Alfons Fischer fügte hinzu: "Wenn in Zukunft die Gesetzgebung es vermeidet, die Lebensmittelpreise zugunsten an sich schon bevorzugter kleiner Volkskreise, aber zum Nachteil der breitesten Volksmassen zu verteuern, so wird dadurch schon ein sehr bedeutungsvoller Fortschritt im Vergleich zu den Zuständen vor dem Kriege erzielt werden!" Aber als die Reichsregierung 1924 die neue Lebensmittelzollvorlage einbrachte, musste er selbst wehmütig gestehen: "Unsere Politiker sind eben keine Hygieniker, die hygienischen Missstände, die dieses den Grundforderungen der Gesundheitspolitik zuwiderhandelnde Gesetz zeigen wird, lassen sich unschwer voraussehen."

Dr. Julius Moses, M.d.R.

SPD. Seitdem die moralische Niederlage des Stahlhelm bei seinem Preussenvolksbegehren offenkundig geworden ist, bemüht man sich im Lager der Rechten, sich wieder dem Zentrum anzunähern. Das Ziel ist, das Zentrum aus der demokratisch-republikanischen Front zu lösen und zum Bundesgenossen der Rechten zu machen. Es ist kein Zweifel, dass eine solche Schwenkung das Zentrum in keine beneidenswerte Situation bringen müsste. Es kann nicht eine ausgesprochene Rechtspartei werden, ohne die Stellung zu verlieren, die es heute im deutschen politischen System einnimmt. Die Zentrumsstellung dieser Partei ist nur möglich auf Grund des guten Willens gegenüber der Republik und ihrer Verfassung. Die Haltung des Zentrums seit der Revolution hat notwendig bei der Masse seiner Anhänger die demokratisch-republikanische Denkungsart verstärkt. Die Angriffe, die die Zentrumspartei von den Nationalsozialisten, vom Stahlhelm und dessen Bundesgenossen in der letzten Zeit erfahren hat, haben es in eine Kampfstellung gedrängt. Die Parteiorganisation des Zentrums beginnt nun, sich gegenüber der Rechten sehr ernsthaft zur Wehr zu setzen. Ein Zeichen dafür ist

das Mitteilungsblatt No.4 der Deutschen Zentrumspartei, das in tausenden von Exemplaren an die Funktionäre der Partei ausgegeben wird. Dieses Blatt ist vollständig dem Stahlhelm gewidmet; es ist eine sehr ernste und scharfe Kampfschrift.

In dieser Schrift werden Geschichte, Wandlungen und das heutige Wesen des Stahlhelm dargelegt und mit umfangreichen, sehr interessanten dokumentarischen Material illustriert. Es wird gezeigt, wie der Stahlhelm aus einem ursprünglich unpolitischen Frontkämpferverband mit republikanischer Tendenz allmählich zur rechtsradikalen Wehrorganisation geworden ist, bis die Entwicklung auf der Koblenzer Tagung vom Oktober 1930 damit abgeschlossen wurde, dass der Stahlhelm die Funktion einer politischen, rein faschistischen Partei übernahm. Bei dieser geschichtlichen Darlegung, die dem Stahlhelm gewidmet ist, kommt auch die Deutsche Volkspartei zu ihrem Recht. Es wird gezeigt, wie sich die Volkspartei nach der Hassbotschaft von Fürstenwalde vom Stahlhelm loslöste. Da der Weg des Stahlhelm von Stresemann zu Hugenberg ging, ging notwendig der Weg der Volkspartei vom Stahlhelm fort, jedoch nur so lange Stresemann noch lebte. Die Kampfstellung dieser Schrift gegenüber dem Stahlhelm wird bei der Feststellung der Wandlung der Volkspartei zugleich zu einer politischen Stellungnahme gegenüber der Volkspartei :

"Die Gewissensbelastung der Deutschen Volkspartei über den politischen Kurs des Stahlhelm scheint nur so lange angedauert zu haben, wie der Führer Dr. Stresemann atmete. Beim neuen zweiten Volksbegehren, das doch nur ein Umweg zur Erreichung der im ersten Volksbegehren angestrebten und von der Deutschen Volkspartei bekämpften Ziele ist, agiert diese selbe Volkspartei eifrig mit. Seeckt figuriert auf dem Koblenzer Stahlhelmtag neben dem Exkronprinzen und den faschistischen Delegierten als Prominenz der völkisch-nationalistischen Bewegung."

Der Stahlhelmtag in Koblenz vom Oktober 1930, der das Volksbegehren gegen Preussen beschloss, ist der Ausgangspunkt des Zentrumskampfes gegen den Stahlhelm. Der Angriff gegen die Preussenregierung zielt selbstverständlich auch auf das Zentrum, und das Zentrum wehrt sich. Mit feiner Ironie wird festgestellt, dass dort in Koblenz unter dem Beifall von Vertretern der faschistischen Parteien Italiens und Finnlands die Aktion gegen die demokratisch-republikanische Preussenregierung beschlossen wurde.

Für uns ist es wesentlich zu prüfen, von welchem Standpunkt aus die Kritik des Zentrums am Stahlhelm geübt und die Propaganda gegen den Stahlhelm und seine Verbündeten geführt wird. Konfessionelle Dinge spielen dabei ihre Rolle - hie protestantisch, hie katholisch - das ausschlaggebende aber ist das folgende: die Kritik wendet sich gegen die faschistische Tendenz, gegen das alldeutsche Scharfmachertum, gegen die Angriffe des Stahlhelms auf die Reichsverfassung, gegen die Vertretung der plutokratischen Reaktion, gegen die antigewerkschaftliche Richtung des Stahlhelms. Mit einem Wort: der Kampf des Zentrums gegen den Stahlhelm, auf den die Zentrumsfunktionäre vorbereitet werden, wird von einer republikanisch-sozialpolitischen Grundlage aus geführt. Eine Partei, die diesen Standpunkt wählt, wenn sie ihren gesamten Parteiapparat gegen den Stahlhelm und seine rechtsradikalen Bundesgenossen in Bewegung setzt, kann sich andererseits nicht gut auf Gedeih und Verderb einem Bündnis mit dem Faschismus und der plutokratischen Reaktion verschreiben.

Mit der Propagandaaktion gegen den Stahlhelm eröffnet das Zentrum eine Gegenwirkung gegen den kommenden Stahlhelm-Volksentscheid, zugleich bereitet es den Wahlkampf für die Preussenwahlen vor. Die Wahl des Standpunktes, den es dabei eingenommen hat, lässt die Hoffnungen der Rechten, das Zentrum für sich zu gewinnen, nicht sehr berechtigt erscheinen.

SPD. Paris, 6. Mai (Eig. Drahtb.)

Am Mittwoch wurde hier die internationale Kolonialausstellung durch den Präsidenten der Republik feierlich eröffnet.

Die Ausstellung ist an der südöstlichen Pariser Stadtgrenze auf einem 120 ha umfassenden Park errichtet. Jedes französische Kolonial-, Protektorats- und Mandatsgebiet ist durch einen eigenen Pavillon vertreten. Man sieht u. a. die Nachbildung eines alten Königspalastes von Madagaskar, der von seiner erhöhten Lage aus ein Eingeborenendorf beherrscht. Die Kolonie Réunion zeigt das Haus eines vornehmen Kreolen. Französisch-Westafrika hat ein umfangreiches festungsartiges Gebäude, das von wuchtigen Türmen flankiert wird, errichtet. Es zeigt ausserdem ein kleines Pfahlbautendorf. Tunesien, Algerien und Marokko sind durch besonders grosse Gebäudekomplexe vertreten, von denen das in einem langgestreckten Innenhof angelegte marokkanische Palais sehenswert ist. Syrien und der Libanonstaat sind in einem Gebäude vereinigt, dessen Äusseres die herrlichen Architekturen des Azem-Palastes in Damaskus und der Residenz des Emirs von Beyt-ed-Dine zeigt. Togo und Kamerun, die jetzt unter französischem Mandat stehen, sind durch eine Siedlung aus Holzhäusern mit Strohdach im Baustil des Bamunlandes vertreten. Ueberragend ist die indochinesische Abteilung, die im Mittelpunkt des französischen Teils der Ausstellung liegt. Hier befindet sich das Glanzstück der Ausstellung, eine getreue Nachbildung des berühmten Tempels von Angkor. Dieser Bau macht mit seiner etwa 75 Meter hohen Mittelkuppel und seinen vier Ecktürmen einen imposanten Eindruck. Er bedeckt eine Fläche von nicht weniger als 5 000 Quadratmetern.

Ausser den Pavillons der einzelnen Kolonien umfasst die Ausstellung u. a. noch das an dem Ehrenportal gelegene Kolonialmuseum, das eine Schau von Kunst-erzeugnissen der Kolonialbevölkerungen enthält und ein riesiges Informationspalais. Es besteht aus einem hohen Kuppelgebäude mit einem Theatersaal und einem Kinosaal, an dem sich zwei lange Galerien mit Auskunftsbüros anschliessen. Hier sollen während der Ausstellung zahlreiche Kongresse stattfinden. In zwei grossen Hallen, von denen eine mit einem riesigen Leuchtturm versehen ist, sind Erzeugnisse der französischen Industrie ausgestellt, die entweder mit Kolonialprodukten hergestellt oder für die Verwendung in den Kolonien bestimmt sind. Den internationalen Charakter erhält die Ausstellung durch die Beteiligung Belgiens, Italiens, Hollands, Portugals, Dänemarks und der Vereinigten Staaten, die eigene Pavillons errichtet haben. Grossbritannien, Griechenland, Argentinien und andere zeigen nur statistisches und fotografisches Material. Deutschland ist nicht vertreten. An dem Aufbau der Ausstellung waren jedoch deutsche Architekten und Arbeiter beteiligt. Hagenbeck hat Tiere für den nach dem Muster Stellingens in der Ausstellung angelegten Tierpark geliefert. Ausserdem hat der deutsche Architekt Kosina zusammen mit einem französischen Architekten ein Aluminium-Wohnhaus für die Kolonien ausgestellt, das in Frankreich grosse Aufmerksamkeit erregt. Von den ausländischen Abteilungen ist die holländische die weitaus sehenswerteste. Italien zeigt die Nachbildung einer tripolitanischen Basilika und Amerika die Nachbildung des Geburtshauses Washingtons in Mount Vernon.

Die französische Regierung hat für die Einrichtung des Ausstellungsge-ländes und für die Bauten nicht weniger als 300 Millionen Francs ausgegeben. Ausserdem haben die französischen Kolonien einen Betrag von 80 Millionen Francs zur Verfügung gestellt.

SPD. Der Ältestenrat des Reichstags beschloss am Mittwoch, dem kommunistischen Antrag auf sofortige Einberufung des Reichstags nicht stattzugeben.

Die Vertreter der deutschnationalen und der nationalsozialistischen Fraktion waren nicht erschienen. Die Kommunisten begründeten ihren Antrag mit der Brotpreiserhöhung und den Gerüchten über bevorstehende soziale Abbaumassnahmen

Staatssekretär Pünder bat, von einer Reichstagseinberufung Abstand zu nehmen. Er betonte insbesondere, dass bisher Beschlüsse des Kabinetts über den Abbau von sozialen Massnahmen und die Kürzung der Beamtgehälter nicht vorliegen.

Von den Vertretern der Sozialdemokratischen Fraktion wurde zum Ausdruck gebracht, dass die Einberufung des Reichstags im gegenwärtigen Augenblick un-zweckmässig sei. Konkrete Vorlagen der Reichsregierung seien dem Reichstag bis-her nicht zugegangen, er könne also nur reden und nicht handeln. Die sozialde-mokratische Fraktion biete ihren ganzen Einfluss auf, um in direkten Verhand-lungen mit der Reichsregierung die Interessen der werktätigen Schichten zu wahren und dafür zu sorgen, dass die Finanzsanierung ohne einen Abbau der Sozial-leistungen statffinde. Dass die Brotpreiserhöhung eingetreten sei, müsse als ein schwerer Fehler der Politik der Reichsregierung bezeichnet werden. Die Reichsregierung habe die gesetzliche Verpflichtung, einer Steigerung der Brot-preise vorzubeugen und die Zoller mässigung beim Weizen durchzuführen. Die So-zialdemokratie verlange, dass die Reichsregierung diese beiden gesetzlichen Verpflichtungen erfülle. Eine Einberufung des Reichstags im gegenwärtigen Augen-blick verspreche aber keinen Nutzen. Es komme darauf an, dass der Brotpreis sofort gesenkt werde und nicht erst in acht oder vierzehn Tagen nach Zusammen-tritt des Reichstags. Man könne zwar Zweifel haben, ob die jetzt von der Re-gierung eingeleiteten Massnahmen den Brotpreis überall wieder zum Sinken bringe. Geschehe das in kurzer Frist nicht, und führe die Regierung die beiden gesetzlichen Verpflichtungen nicht durch, so behalte sich die Sozialdemokratie eine neue und andere Stellungnahme zur Einbe-rufung des Reichstags vor.

Auch die Redner der übrigen Parteien erklärten übereinstimmend, dass die Politi der Reichsregierung einen Stoss erhalte, wenn es ihr nicht gelinge, die Senkung der Brotpreise zu erzwingen. Sie sprachen sich jedoch gegen die Einberufung des Reichstags im jetzigen Augenblick aus, für die sich infolgedessen auch keine Mehrheit ergab.

Der Beschluss des Ältestenrats bedeutet in keiner Weise, dass die Reichs-regierung für ihre künftige Politik freie Hand erhält. Insbesondere darf die Haltung der Sozialdemokratie nicht in dieser Weise gedeutet werden. Die Sozial-demokratie verlangt von der Reichsregierung mit allem Nachdruck die Wiederher-stellung der alten Brotpreise. Obwohl nicht sicher ist, ob die bisher eingelei-teten Massnahmen der Reichsregierung dieses Ziel erreichen werden, so wird man doch annehmen können, dass durch sie schneller etwas erreicht wird, als wenn man bis zum Zusammentritt des Reichstags warten würde, der doch frühestens in 10 bis 14 Tagen erfolgen könnte. Haben die Massnahmen der Regierung nicht den von ihr erwarteten Erfolg, dass ist immer noch die Möglichkeit des Zusam-mentritts des Reichstags gegeben, durch den dann einschneidende Handlungen zu erfolgen hätten.

Auch für die Finanzsanierung ist der Reichsregierung keine Blankovoll-macht erteilt. Die Sozialdemokratie steht in dauernden Verhandlungen mit allen zuständigen Stellen, um ihren Einfluss auf die künftigen von der Regierung zu-treffenden Massnahmen geltend zu machen. Von einer solchen direkten Beeinflus-sung der Reichsregierung ist im Augenblick ein grösserer Erfolg zu erwarten als von der Einberufung des Reichstags, in der nach einer eventuellen Rück-kehr der Deutschnationalen und der Nationalsozialisten eine grosse Mehrheit für alle reaktionären Anschläge auf die Arbeiterklasse vorhanden ist.

Die Sozialdemokratie kennt ihre Pflicht gegenüber den werktätigen Schich-ten. Sie wird sie in jeder Weise erfüllen, aber sich die Wege und die Art und Weise dazu weder von den Kommunisten noch von den bürgerlichen Parteien vor-schreiben lassen.

SPD. Frankfurt/M., 6. Mai (Eig. Drahtb.)

Im Zusammenhang mit der kommunistischen Werkspionage wurde in Frankfurt der Werkmeister einer grossen chemischen Fabrik verhaftet. Der Verhaftete hat gestanden, der sowjetrussischen Handelsvertretung in Berlin wichtige Patente seiner Fabrik verkauft zu haben. Den Namen des betreffenden Werkmeisters entdeckte die Polizei in Papieren des kürzlich verhafteten Aachener Diplomingenieurs Pesch, der gegen Bezahlung die Herstellungsmethoden eines Panzerglases an den Leiter der Spionagezentrale, den inzwischen verhafteten Sekretär der revolutionären Gewerkschaftsopposition Steffen, verraten hat.

Die Berliner Handelsvertretung der Sowjetunion muss nach dem gegenwärtigen Stand der Ermittlungen, entgegen ihren Erklärungen, über die kommunistische Industrie-Spionage genau informiert gewesen sein.

SPD. Unter Druck der Sozialdemokratie hat sich die Regierung endlich entschlossen, den Berliner Mühlen aus den Stützungsbeständen verbilligten Roggen zu liefern. Dadurch soll es den Mühlen ermöglicht werden, an die Bäcker verbilligtes Roggenmehl abzugeben. Die Sache wäre in Ordnung, wenn der Brotpreis nur in Berlin gestiegen wäre. Er ist aber in fast sämtlichen deutschen Städten gestiegen. Der Reichsernährungsminister irrt sich also, wenn er glaubt, dass mit der Berliner Aktion seine Pflicht erfüllt sei.

In Berlin soll der Brotpreis im Laufe dieser Woche von 50 auf 48 Pfennige gesenkt worden. Erhöht wurde der Preis inzwischen jedoch von 46 auf 50 Pfennige. Wie sich eine Senkung des Brotpreises auf 46 Pfennige, also auf den alten Stand, ermöglichen lässt, übersieht das Reichsernährungsministerium - wie es am Mittwoch mitteilen liess - noch nicht. Eine Ermässigung des Brotpreises auf 48 Pfennige ist aber absolut unzulänglich und eine Verhöhnung des Gesetzes und der Verbraucher, die einen gesetzlichen Anspruch darauf haben, dass die Reichsregierung den Brotpreis nicht über den Durchschnitt des letzten halben Jahres steigen lässt. Das sind für Berlin 46 Pfennige. Es bleibt eben dabei, dass die Regierung ihre Pflicht bisher immer noch nicht erfüllt hat, wonach sie eine sofortige Senkung der Brotpreise herbeiführen muss. Sie hat wochenlang mit den Bäckermeistern verhandelt, mit dem Ergebnis, dass sie jetzt erklärt, es wäre "wahrscheinlich" möglich, den Brotpreis in Berlin auf 48 Pfennige zu senken. Andererseits wollen die Berliner Bäcker zunächst überhaupt erst einmal abwarten, was aus den Regierungsmassnahmen wird. An der Berliner Börse ist der Roggenmehlpreis seit Dienstag erst um 30 Pfennige pro 100 kg gefallen. Das ist wohl die beste Antwort auf die nicht gerade starke Haltung des Reichsernährungsministers.

Auch die von Schiele beabsichtigte Weizenzollermässigung, die am 15. Mai in Kraft treten soll, ist völlig unzureichend. Sie bedeutet für das Mischbrot in Westdeutschland, das zu zwei Dritteln aus Roggen und einem Drittel aus Weizen hergestellt wird, bestenfalls eine Verbilligung von 0,8 Pfennig, also noch nicht einmal von einem Pfennig je Kilogramm. Ja, es ist sogar anzunehmen, dass diese Weizenmehlverbilligung sich überhaupt nicht in einer Brotpreiseremässigung auswirkt, da selbst nach der Zollsenkung das Auslandsmehl noch 380 Mark kostet und selbstverständlich bei diesem Preis nicht mit dem deutschen Weizenmehl zur Brotherstellung verwendet werden kann. Tatsächlich wird sich die Zollermässigung nur bei den hochwertigen Mehlen auswirken, so dass der Kuchen billiger hergestellt werden kann. Eine Senkung der Kuchenpreise wird natürlich auch nicht eintreten; steigen wird lediglich die Verdienstspanne der Bäcker.

Für eine Verbilligung der Brotpreise reicht die Weizenzollsenkung nicht im geringsten aus. Von einer Entlastung des Roggenmarktes, die für die Brotpreissenkung erforderlich ist, kann ebenfalls keine Rede sein. Soll eine Weizenzoll-

ermässigung einen merklichen Einfluss auf die Brotpreisgestaltung gewinnen; dann muss der Weizen Zoll mindestens auf 16 Mark gesenkt werden. Bis jetzt sind also nur halbe Massnahmen getroffen worden. Wann folgen endlich ganze Massnahmen Herr Brüning?

SPD. München, 6. Mai (Eig. Drhtb)

Die Jahresversammlung des Deutschen Museums, zu der rund 400 geladene Gäste aus Kreisen der in- und ausländischen Wissenschaft und Wirtschaft in München eingetroffen sind, begann im Ehrensaal des Museums mit einem sensationell wirkenden Vortrag von Oswald Spengler über "Kultur und Technik". Seine Gedanken, die er vortrug, rüttelten in einem geradezu revolutionären Tempo an dem alten Gebäude der zünftigen Wissenschaft.

In den Mittelpunkt seiner Ausführungen stellte Spengler die Behauptung, dass der Mensch der höchstentwickelte Typus der Raubtiere sei, die auf der Erde leben. In der heutigen Entwicklung der Menschheit sei die seelische Verwandtschaft zwischen den besten Menschen und den besten Raubtierexemplaren im Tierreich ungeheuer gross. Der Unterschied zwischen beiden Gattungen bestehe nur darin, dass mit dieser Art Mensch die individuelle Technik in die Welt gekommen sei, die ihn bevorzugt habe, das grösste aller Raubtiere zu werden. Das Alter der Menschheit schätzt Spengler auf etwa 150 000 Jahre. Die Entwicklung zur Technik habe im fünften Jahrtausend vor Christus begonnen, wo in einem kurzen Prozess dem Menschen die Hand geworden sei, und er dazu die Werkzeuge zur Technik erfunden habe. Seit diesem Zeitpunkt, in dem auch die menschliche Sprache entstanden sei, habe sich die Seele des Menschen über die Seele des Raubtieres hinaus entwickelt, denn Arbeit und Handarbeit, Führerarbeit und Ausführerarbeit hätten sich getrennt und bildeten von nun an die Basis für die Kultur der Technik. Eine zweite Zäsur der Menschheit verlegt Spengler in den Anfang des zweiten Jahrtausends nach Christus. Es beginne mit der Gothik und sei die letzte Epoche des nordischen Menschen, in der der Kampf des Lebens und ein unbegrenzter Wille zur Macht zum obersten Prinzip gemacht worden seien. In diesem Zeitraum eingeschlossen liege die ungeheure Entwicklung der Technik im Kampfe gegen die Natur, die heute als im wesentlichen abgeschlossen bezeichnet werden müsse. Denn der Mensch sei zum Sklaven seiner eigenen Schöpfungen geworden, und die weisse Rasse, zu der er bemerkenswerter Weise die Russen nicht zählt, stehe unmittelbar vor ihrem Untergang. Das letzte was noch zu tun übrig bleibe, sei, diesen Untergang mit Heroismus zu ertragen.

Die Zuhörer waren von dem Pessimismus der Spengler'schen Spekulationen sichtlich erschöpft, sodass Dr. Schacht als Vorsitzender in einem kurzen Schlusswort versuchte, durch einen Appell an die göttliche Wendung des Menschen den Alpdruck etwas abzuschwächen. Die Koryphäen der Wissenschaft und der Wirtschaft gingen wie geprügelte Hunde auseinander.

SPD. Am Montag, den 11. Mai, erfolgt im Sitzungssaal des preussischen Staatsministeriums zu Berlin die feierliche Unterzeichnung des zwischen dem preussischen Staat und den acht evangelischen Landeskirchen abgeschlossenen Kirchenvertrages. Für Preussen werden Ministerpräsident Dr. Braun und Kultusminister Dr. Grimme den Vertrag unterzeichnen, für die evangelische Kirche der altpreussischen Union voraussichtlich der Vorsitzende des Kirchensenats Dr. Winckler und der Präsident des Evangelischen Oberkirchenrates, D. Kapler. Weiter wird der Vertrag noch die Unterschriften der Führer der kleineren Landeskirchen erhalten. Unmittelbar nach vollzogener Unterschrift dürfte der Vertragsentwurf dem Preussischen Staatsrat zugehen und bei dieser Gelegenheit zum ersten Male in seinem authentischen Wortlaut in der Öffentlichkeit bekannt werden.

SPD. Köln, 6. Mai (Eig. Drahtb.)

Die sozialdemokratische "Rheinische Zeitung" berichtet, dass das gesamte nationalsozialistische Sturmbanner in Köln, wenn es hoch kommt, heute gerade noch 100 bis 120 Leute auf die Beine zu bringen vermag. Vom Sturm 23 seien in den letzten Tagen ein Dutzend SA-Leute zur KPD übergetreten. Das gleiche Bild sei bei den Stürmen Nr. 13, 32 und 37 zu verzeichnen.

SPD. München, 6. Mai (Eig. Drahtb.)

Die Einweihung der sogenannten Heldenorgel in der Tiroler Grenzstadt Kufstein wurde zu einer reaktionären republikfeindlichen Parade missbraucht, bei der die uniformierten Wehrverbände aus Oesterreich und Deutschland den Ton angaben. Trotzdem nahmen an der Veranstaltung auch Vertreter des Reiches teil. Die Republikaner Münchens haben deshalb einen scharfen Protest an die Reichsregierung gerichtet.

In Kufstein demonstrierten der Stahlhelm, der mit Lastautos etwa 400 Mann geschickt hatte, Hakenkreuzler aller Schattierungen vom Bund Oberland, der Heimwehr und schliesslich auch Jungdo-Leute. Dementsprechend war auch die Beflaggung. Vom Turm der Feste Geroldseck, in der die Orgel eingebaut ist, wehte die schwarzweissrote Fahne. Weder die österreichische Fahne noch die der deutschen Republik war zu sehen. Im Festungshof, wo der erzbischöfliche Einweihungsakt stattfand, trug der Fahnenmast ebenfalls die Hohenzollernfarben, dann erst folgten die bayerischen und die Tiroler Landesfarben und die österreichischen Bundesfarben. Schwarzrotgold war auch hier nicht zu sehen. Ebenso zeigte der Festsaal die Farben der Republik nicht. Nur aus einer rückwärtigen Luke des Turmes hing bescheiden ein schwarzrotgoldenes Fähnchen. Das empörende aber war, dass bei dieser monarchistischen Festparade Vertreter der deutschen Wehrmacht, der Gesandte der deutschen Republik in Wien, Dr. Rieth, und ein bayerischer Minister eine offizielle Rolle spielten. Ihr Verhalten widerspricht der Anordnung der Reichsregierung vom April 1929, in der es heisst: "Vertreter von Reichsbehörden dürfen an Veranstaltungen, bei denen Flaggen-schmuck verwandt wird nur dann teilnehmen, wenn die Reichsfarben an hervorragender Stelle gezeigt werden und ihnen überhaupt ein angemessener und würdiger Anteil an dem Flaggen-schmuck eingeräumt wird."

Das gegen die reaktionäre Parade in Kufstein von den im republikanischen Kartell Münchens zusammengeschlossenen Verbänden an die Reichsregierung gerichtete Protesttelegramm hat folgenden Wortlaut: "Die Einweihung der Heldenorgel in Kufstein wurde von den Veranstaltern in einer Demonstration gegen den republikanischen Gedanken missbraucht. Die Farben der deutschen Republik wurden in durchaus unwürdiger Weise behandelt, dagegen schwarzweissrot neben weiss-blau überall ostentativ gezeigt. Trotzdem hat der deutsche Gesandte in Wien in Widerspruch zu den Vorschriften der Reichsregierung an dieser Veranstaltung offiziell teilgenommen und seine Ansprache in einem Saal, in dem die Reichsfarben völlig fehlten, unter schwarzweissrot gehalten. Die im republikanischen Kartell München zusammengeschlossenen Verbände protestieren gegen dieses Auftreten des Repräsentanten des deutschen Reiches und fordern von der Reichsregierung eine Erklärung darüber, ob sie das Verhalten des Gesandten deckt."

Der deutsche Gesandte in Wien Dr. Rieth hat erst vor wenigen Tagen sein Amt in Wien angetreten. Der Herr fängt gut an.



SPD. Genf, 6. Mai (Eig. Drahtb.)

Trotz wiederholter Dementis bestätigt sich nunmehr, dass der international Kontrollausschuss für die österreichische Sanierungsanleihe zum 13. Mai nach Genf einberufen worden ist. Der Zweck seines Zusammentritts ist, den Einfluss der Zollunion auf die österreichische Finanzwirtschaft zu prüfen. Der Ausschuss steht unter dem Vorsitz Italiens und wurde gemäss dem Protokoll von 1922 über die Finanzhilfe in Österreich gebildet. Seine Einberufung, die einen gewissen Schluss auf die Haltung Italiens zu dem Problem der Zollunion zulässt, vermehrt die Schwierigkeiten, denen das deutsch-österreichische Projekt in Genf gegenüberstehen wird.

SPD. Der Reichsminister des Innern hat in der Frage der Verhütung der Schändung von Friedhöfen folgendes Schreiben an die Landesregierungen gerichtet:

"Nach zuverlässiger Mitteilung sind im Deutschen Reiche in den letzten Jahren nicht weniger als 100 Fälle von Schändungen jüdischer Friedhöfe vorgekommen. Unter Hinweis hierauf darf ich den Landesregierungen erneut nahelegen, die Landesbehörden anzuweisen, um die Aufklärung und Verfolgung von Störungen des Gräberfriedens nachdrücklichst bemüht zu sein. Ich halte schärfstes Einschreiten gegen solche verabscheuungswürdigen Straftaten für nötig und bin nach den Erfahrungen der letzten Jahre dder Auffassung, dass es nicht möglich ist, ihnen ohne empfindliche Strafen mit Erfolg zu begegnen."

SPD. Duisburg, 6. Mai (Eig. Drahtb.)

Als die Polizei am Mittwoch versuchte einen kommunistischen Erwerbslosenzug, der vor das Wohlfahrtsamt ziehen wollte, aufzulösen, griffen die Demonstranten die Beamten tätlich an. Ein Teil besetzte das Wohlfahrtsamt, Erst nach langem Hin und Her gelang es, mit Hilfe polizeilicher Verstärkungen die Ruhe wieder herzustellen. 6 Personen wurden verhaftet.

Am Dienstag-Abend war es in Duisburg-Hamborn bereits zu Zusammenstößen zwischen kommunistischen und nationalsozialistischen Erwerbslosen gekommen, in deren Verlauf 7 Personen verletzt wurden.

SPD. London, 6. Mai (Eig. Drahtb.)

43 Führer der Aufständischen in Madeira sind auf den in der Nähe der Küste stationierten britischen Dampfer "Curfew" geflüchtet und weigern sich an Land zu gehen. Die englische Regierung ist bereits mit Portugal in Verhandlungen über das fernere Schicksal der Flüchtlinge eingetreten. Falls sie nicht amnestiert werden, wollen sie auf die Kanarischen Inseln gebracht werden.

SPD. Lissabon, 6. Mai (Eig. Drahtb.)

Die zur Unterdrückung der Aufstandsbewegung nach Madeira entsandten Kriegsschiffe haben den Befehl erhalten, sofort in ihre Heimathäfen zurückzukehren. Der Kreuzer "Carvalho Araujo" erhielt Befehl, sich sofort mit einem Truppenkontingent an Bord nach Portugiesisch-Guinea zu begeben und die in dieser Kolonie ausgebrochene Revolte zu unterdrücken.

SPD. London, 6. Mai (Eig. Drahtb.)

Im Unterhaus erwiderte Aussenminister Henderson am Mittwoch auf eine Anfrage, dass die Verhandlungen zwischen Deutschland und Österreich über die Zollunion nach seinen Informationen bis nach den Genfer Beratungen suspendiert seien.

Der erste Lord der Admiralität gab in Beantwortung einer Anfrage über den englischen Flottenbesuch in Kiel dem Wunsche Ausdruck, dass es deutschen Kriegsschiffen möglich sei, einen Gegenbesuch in England zu machen.

SPD. Aachen, 6. Mai (Eig. Drahtb.)

Auf Grube Eschweiler-Reserve wurden wieder 8 Sprengpatronen und 85 Zündkapseln gefunden. Das Material stammt aus dem Jahre 1925.

SPD. New York, 6. Mai (Eig. Drahtb.)

Im Grubenbezirk Harlin (Kentucky) kam es zu blutigen Kämpfen erwerbsloser Bergarbeiter und Gendarmen. 14 Personen wurden getötet und zahlreiche verwundet.

SPD. London, 6. Mai (Eig. Drahtb.)

Ein in England seit einiger Zeit zirkulierender Aufruf für Entwaffnung und Abrüstung hat bisher 24 000 Unterschriften gefunden. Auch Aussenminister Henderson hat ihn unterschrieben und gleichzeitig eine Kundgebung beigefügt, in der die Bevölkerung aufgefordert wird, mit aller Kraft im Sinne des Aufrufes tätig zu sein.

Am 18. Mai werden in Washington und London zu gleicher Zeit ein amerikanisches und ein englisches Kind durch Radio für den Frieden werben. Diese Worte an die Jugend und an alle Völker sollen durch die internationalen Sender verbreitet werden. Ausserdem ist in London auf den 11. Juni eine grosse Abrüstungskundgebung festgesetzt, in der die Führer der grossen englischen Parteien, MacDonald, Lloyd George und Baldwin, sprechen werden.

SPD. Stuttgart, 6. Mai (Eig. Drahtb.)

Die bürgerliche Mehrheit des württembergischen Landtags brachte es am Mittwoch fertig, einen sozialdemokratischen Antrag abzulehnen, nach dem das Staatsministerium ersucht werden sollte, "seinen Einfluss auf die Reichsregierung in der Richtung geltend zu machen, dass 1) endlich wirksame Massnahmen zu Senkung der Preise ergriffen und alle Preiserhöhungen, vor allem bei den unentbehrlichen Lebensmitteln, verhindert werden; 2) alle Massnahmen unterbleiben, die einen weiteren Abbau der Löhne und Gehälter und der Sozialleistungen bezwecken."

Für den ersten Teil stimmten ausser den Antragstellern die Kommunisten, der christliche Volksdienst und der Nationalsozialist, für den zweiten Teil die Antragsteller, die Kommunisten und der Nationalsozialist. Die Rechte, das Zentrum und die Deutsche Volkspartei stimmten gegen beide Teile des Antrages, während sich die Demokraten, die Volksrechtspartei und bei dem zweiten Teil auch der Christliche Volksdienst der Stimme enthielten.

Die Ablehnung des Antrages ist ein neuer Beweis dafür, dass die Arbeiter, Angestellten und Beamten als Lohn- und Gehaltsempfänger sowie als Verbraucher bei den bürgerlichen Parteien nicht auf den Schutz ihrer Interessen rechnen dürfen.

SPD. Kiel, 6.Mai (Eig.Drahtb.)

In Kiel wurden 2 Reichsbannerleute wegen Landfriedensbruchs zu je 3 Monaten Gefängnis und zwei zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt. Ein Stahlhelmmann erhielt in dem gleichen Prozess ebenfalls 14 Tage Gefängnis.

Gelegentlich eines Wortwechsels zwischen Reichsbannerleuten und Stahlhelmern, die sich mit Lastautos auf dem Wege nach Altona befanden, kam es am 23. Februar in Bad Bramstedt zu einer Schlägerei. Angreifer waren die Stahlhelmer, die mit Stielhandgranaten, die mit breiten Eisenbändern beschlagen waren, auf die Reichsbannerleute einschlugen. Es gab mehrere Schwerverletzte. Trotzdem die Zeugenaussagen ergaben, dass die Stahlhelmer mit den Beleidigungen und Tätlichkeiten begonnen hatten, beantragte der Staatsanwalt gegen die Reichsbannerleute Gefängnisstrafen von 9 bis 3 Monaten, jedoch gegen den Stahlhelmer wegen einfacher Körperverletzung 3 Tage Gefängnis.

Das Urteil hat unter den Republikanern der Provinz Schleswig-Holstein grosse Entrüstung hervorgerufen.

SPD. Stuttgart, 6.Mai (Eig.Drahtb.)

Der württembergische Landtag stimmte am Mittwoch mit allen Stimmen ausser denen der Kommunisten einem von den bürgerlichen Parteien gestellten Antrag zu "bei der Reichsregierung nachdrücklichst dahin zu wirken, dass sobald wie möglich die Revision des Youngplanes eingeleitet wird, um dem deutsche Reiche seine volle Unabhängigkeit wieder zurückzugeben und die unsere deutsche Volkswirtschaft in gleicher Weise wie die Weltwirtschaft zerstörenden Kriegstribute zu beseitigen."

Vor der Abstimmung erklärte der Abgeordnete Keil für die sozialdemokratische Fraktion, dass sich seine Freunde die Begründung der Antragsteller nicht zu eigen machen könnten, sie aber dennoch dem Antrag zustimmten, nachdem er durch die Einfügung der Worte "sobald als möglich" für die deutsche Aussenpolitik unschädlich gemacht worden sei.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören)

Donnerstag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

## Snowdens Notbudget.

(Von unserem Londoner Korrespondenten.)

SPD. London, Anfang Mai (Eig. Bericht)

Wo ist in Deutschland der Begriff des englischen "Budget-Tages"? Wochenlang vorher diskutieren ihn und orakeln die Zeitungen. Es wird gerechnet und gerechnet, vermutet und gedeutet, die Spannung wächst von Tag zu Tag, bis endlich der Vorhang aufgeht, vor überfülltem Hause, vor dichtbesetzten Galerien und vor Menschenmassen, die auf der Strasse harren.

Englischer Budget-Tag, das ist nicht nur die Rechnungsablage des vergangenen Jahres, er ist gleichzeitig der wirtschaftliche und politische Ausblick in die Zukunft. Aus dem Staat wird eine Familie. Kontrolliert durch ihren Sachverwalter, prüft sie wiederum diesem Treuhänder jedes Komma nach. Das war selbst im Kriege, als die Millionen wie Schillinge wirbelten, während das seinen Sieg voraussehende kaiserliche Deutschland, um die patriotische Stimmung nicht erkalten zu lassen, keinen Pfennig vom Kriegsgewinn abzog und Finanzminister Helfferich von dem Bleigewicht der Milliarden sprach, das er den geschlagenen Feinden auf Jahrhunderte anhängen wollte.

Sie haben sich beide getäuscht: Helfferich wie Lloyd George. Mit einer geradezu brutalen Rücksichtslosigkeit zeigt es der "Eiserne Kanzler", der eiskalte Rechner Snowden. Sein Etat schleppt das Bleigewicht der Kriegsschulden und der Kriegsfolgen. Von den  $803\frac{1}{2}$  Millionen Pfund Sterling Staatsausgaben für das Jahr 1931/32 entfallen allein 303 Millionen Pfund auf Zinsentilgung und 52 Millionen auf Abtragung der Kriegsschulden nebst 9,3 Millionen für Zahlungen an Irland und Verschiedenes. Die Kriegspensionen erfordern diesmal  $50\frac{1}{2}$  Millionen Pfund, die Civilpensionen rund 2 Millionen Pfund, sodass bereits mehr als die Hälfte des Etats und der Staatsausgaben gebunden und für jede Regierung zwangsläufig gegeben ist. Es kommen hinzu die Ausgaben für Verwaltung und Ministerien, für Justiz, Polizei, Zoll, Uebersee usw., insgesamt etwa 56 Millionen Pfund, denen sich ebenfalls kein Regierungssystem entziehen kann. Der um  $\frac{1}{2}$  Millionen Pfund verringerte Heeres- und Flottenetat erfordert einschliesslich Pensionen  $109\frac{1}{2}$  Millionen Pfund Sterling.

Bleiben die rein sozialen Ausgaben: 40 bis 45 Millionen Pfund Sterling als Zuschuss zur Arbeitslosenunterstützung, Schule und Erziehung 57 Millionen Pfund, Siedlungswesen etc.  $5\frac{1}{2}$  Millionen, Altersrenten 38 Millionen, Pensionen für Witwen und Waisen 10 Millionen, Krankenversicherung  $6\frac{1}{2}$  Millionen und Zuschuss für die Gemeinden: rund 46 Millionen Pfund Sterling. (Insgesamt erfordern Arbeits-, Gesundheits- und Pensionsministerien  $119\frac{1}{2}$  Millionen Pfund Sterling)

Das ist der diesmalige Etat der Arbeiterregierung, ein Notbudget, das in Einnahmen und Ausgaben dem des Vorjahres ungefähr gleich ist, lediglich erhöht um die voraussichtlichen Mehrkosten für die Arbeitslosenunterstützung. Für 37,4 Millionen Ausgaben sieht Snowden keine Deckung. Er beschafft sie, indem er die Benzinsteuer erhöht, was  $7\frac{1}{2}$  Millionen Pfund einbringen soll und die Einkommensteuer der Besitzenden am 1. Januar zu dreiviertel vorausbezahlt werden muss, - in der Praxis: eine Erhöhung der Einkommensteuer um 10 Millionen Pfund - und schliesslich dadurch, dass 20 Millionen englische Pfund aus New-York zurückgeholt werden, wo sie als Dollarreserve lagern.

Es ist das Jahr des schwersten wirtschaftlichen Niederganges und der schwersten Krise, in der die Minderheitsregierung der Labourparty ihren Etat vorgelegt hat, und auch dieser Etat ist nur ein Kompromiss, das sie mit den Liberalen eingehen musste. Ein Budget ohne Experimente, weder auf der Soll- noch auf der Haben-Seite. Mehrbelastet sind lediglich die besitzenden Klassen durch die Vorauszahlung der Einkommensteuer. Der zweite grosse Schrei kommt von den grossen Landeigentümern, denen eine neue und erhöhte Besteuerung für den unbebauten Boden vom Jahre 1933 an sicher ist. Die Einzelheiten dieses Gesetzes sind einstweilen noch nicht bekannt. Klar ist nur der Grundgedanke

Snowdens: "der Ungerechtigkeit des privaten grossen Grunderwerbs ein Ende zu bereiten!" Es ist der erste Hieb der Arbeiterregierung gegen das Oberhaus und die Lords, die das Agrargesetz und den Erwerb von grossem Siedlungsraum für Erwerbslose abgelehnt und dadurch um zwei Jahre verzögert haben. Die Abgeordneten der Labourparty quittierten diesen Schachzug und diesen Teil der Etatsrede Snowdens mit stürmischem Beifall, während die Konservativen bleich und stumm dasassen.

Es sind dieselben Konservativen, die ihre allerdings hoffnungslose Opposition gegen das gesamte neue Budget eröffnet haben und auch die Unabhängige Arbeiterpartei spart nicht an der Kritik. Die Einen: weil ihnen das Budget zuviel Sozialismus enthält, die zweiten beklagen sich über zu wenig! Maxton und Fenner-Brockway erwarteten die Erweiterung des sozialen Pflichtenkreises, Familienunterstützung, Erhöhung der Altersrenten, usw. usw. Die dazu erforderlichen erhöhten Einnahmen? Erhöhte Einkommensteuer! Was Snowden mit der Antwort quittiert: Erhöhte Besitz- und Einkommensteuer bedeutet jetzt lediglich die Verminderung des Lohnes und beides zusammen die Verschärfung der Wirtschaftskrise!

Entgegengesetzt der JLP-Gruppe strebt die mächtige konservative Partei zum allgemeinen Abbau. Herunter mit den Steuern für die Besitzenden und herunter mit den sozialen Lasten, mit Arbeitslosenunterstützung, Altersrenten und Witwenpensionen!

Die Minderheitsregierung der Labourparty ist den mittleren Weg gegangen. Sie hat ihr vorjähriges Budget aufrechterhalten! Dem oberflächlichen Betrachter erscheint es gering. In Wahrheit ist dieses neue Budget eine soziale und politische Tat ersten Ranges. Zu erlauben ist sie aus dem letzten Etat der konservativen Regierung Baldwin.

Einige Zahlen und Beispiele: Fünfhunderttausend Witwen und Waisen sind seit 1930 durch die Arbeiterregierung pensionsberechtigt geworden. 150 000 Arbeitslose, die die Konservativen der Armenunterstützung überliessen, sind in die Arbeitslosenfürsorge übernommen worden und das künftige Abgleiten in die Armenklasse ist für Hunderttausende verhindert. Für die produktive Erwerbslosenfürsorge ist eine Anleihe von 173 Millionen Pfund Sterling bereitgestellt, wodurch bis jetzt 213 000 Arbeitslose in den Produktionsprozess zurückgeführt werden konnten. Die Erwerbslosenunterstützung ist teilweise erhöht, und eine Anleihe von 90 Millionen Pfund sichert die Aufrechterhaltung und die Höhe der Erwerbslosenunterstützung. Bezahler, einwöchentlicher Erholungsurlaub für die Staatsarbeiter, 7½ Studententag für die Bergarbeiter, Wohnungs- und Siedlungsbau, Landdrainage und Aufforstung. Agrargesetz und Schulgesetz mit Erhöhung des schulpflichtigen Alters und Unterstützung der Eltern sind im Unterhaus durchgesetzt und nur durch den Widerstand des Oberhauses auf zwei Jahre hinausgeschoben, um dann automatisch Gesetz zu werden.

Das ist nur der Hauptteil der sozialen Tätigkeit der Arbeiterregierung. In sozialer Beziehung marschiert heute England an der Spitze aller Staaten. Um jährlich 47 Millionen Pfund Sterling ist der ordentliche Etat durch diese neuen sozialen Ausgaben belastet, während neunzehntel der Kosten für die Arbeitslosigkeit im ausserordentlichen Etat stehen und durch Schuldenaufnahme gedeckt werden. Diese 47 Millionen Pfund Sterling aber für die vermehrten sozialen Ausgaben sind ein für allemal gedeckt durch die im vergangenen Jahr vorgenommene Erhöhung der Einkommensteuer und kein Pfennig wird hierfür aus indirekten Steuern gewonnen. Bezahlt werden die 47 Millionen Pfund ausschliesslich von jenen, die mehr als 500 Pfund Jahreseinkommen haben.

Snowden hat in diesem Jahre schwerster Krise und grösster Unsicherheit keine neuen Lasten dem Etat hinzugefügt. Agrar- und Schulgesetz ruhen noch, und eine stärkere Belastung der Wirtschaft dünkt ihm falsch im Hinblick auf ihren Tiefstand. Der Kardinalpunkt aber: die Labourparty ist in der Minderheit und eine Arbeiterregierung im Amt ist noch lange keine Arbeiterregierung in der kompromisslosen Macht. Trotzdem hat sich Snowden von seinem Wege nicht abdrängen lassen. Kein Schilling sozialer Ausgaben ist gestrichen, mit keinem Schilling hat er die Lebenshaltung der Massen belastet, keinen Schilling Zollerhöhung, keinen Schilling indirekter Steuer: auch das ist ein Beispiel, und eine Tat, die sich sehen lassen kann.

# aus aller Welt

## Aufstand der Fischer.

Trockenlegung der Zuidersee gefährdet? - Eine wichtige holländische Debatte.

SPD. Amsterdam, Anfang Mai (Eig. Bericht)

Während die kühne Initiative der Niederländer, grosse Teile des weiten Meeresbusens der Zuidersee trocken zu legen, überall im Ausland ungeteilter Bewunderung begegnet und die bereits trockeneten 20 000 Hektar des Wieringer Landes schon zu einer Sehenswürdigkeit geworden sind, hat in Holland selbst plötzlich eine Agitation gegen die Weiterführung dieses Kulturwerkes eingesetzt. Die Heftigkeit dieser Agitation ist umso bemerkenswerter, als der grosse Abschlussdeich zwischen der Wieringer und der friesischen Küste seiner Vollenendung naht und nur noch ein Teilstück von etwa acht Kilometern zu errichten ist.

### Die andere Seite.

Gewiss verfügen die Gegner der Trockenlegung über beachtenswerte Argumente. Zunächst wurde das Trockenlegungsgesetz vom Jahre 1918 aufgrund eines Kostenanschlages verabschiedet, der schon durch seine beispiellose Fehlerhaftigkeit der historischen Beachtung wert ist. Die amtlichen Ingenieure des niederländischen Wasserbauministeriums hatten damals die Kosten mit 240 Millionen Gulden berechnet, während man jetzt froh ist, wenn man mit 960 Millionen Gulden, also nahezu einer Milliarde, auskommt.

Dann entfällt natürlich schon ab 1932, wenn der grosse Abschlussdeich fertiggestellt ist, die ganze Seefischerei in der Zuidersee, die einen jährlichen Ertrag von sechs bis sieben Millionen Gulden abwarf. Die Fischerbevölkerung, soweit sie sich nicht an andere Küsten verpflanzen zu lassen bereit ist, wird existenzlos, und das spärliche Armengeld aufgrund des Zuidersee-Unterstützungsgesetzes für die älteren Leute ist nur eine dürftige Entschädigung für den Verlust eines selbständigen Gewerbes, das sonst der Vater dem Sohne gegen eine angemessene Rente abzutreten pflegte. Vom Fischfang lebten in Amsterdam und an deren grösseren Plätzen in der Nähe der Küste auch zahlreiche Nebenbetriebe, die entweder die Fische verarbeiteten oder sie ausführten usw. Tausende von Menschen sind auch hier von Existenzlosigkeit bedroht; der Staat verfügt nicht über die Mittel, um ihnen aufgrund des Zuidersee-Unterstützungsgesetzes auch noch Dauerrenten zu zahlen. Die weltberühmten Plätze Volendam und Marken mit ihrer naturwüchsigen Bevölkerung verlieren ihre Bedeutung und werden Binnenland, sodass der Touristenverkehr aus allen Kulturländern nach diesen Orten aufhört. Amsterdam, das jetzt seine Abwässer der Zuidersee zuführt, wird ausserdem in die Zwangslage versetzt, unter Aufwand von Millionen Gulden eine neue Abwasserleitung nach der Nordsee zu bauen, und da der Geruch dieser Grossstadtabwässer nicht gerade lieblich ist, besteht die Gefahr, dass die niederländische Bäderküste am Dünensaum ihre Bedeutung einbüsst. Schliesslich aber gefährdet die Verdrängung der Wassermassen aus der Zuidersee die der holländischen Küste vor gelagerten westfriesischen Inseln, und man ist noch nicht einmal sicher, ob nicht eines Tages eine gewaltige Sturmflut das ganze Trockenlegungswerk hinwegfegt. Das sind die gewiss beachtbaren Argumente der Gegner der Trockenlegung.

### Belastung für Generationen?

Die wirtschaftlichen Schädigungen bestimmter niederländischer Bevölkerungsgruppen während der Uebergangszeit werden von keinem Vorkämpfer der Trockenlegung bestritten. Es ist aber nicht einzusehen, warum die Fische nicht doch

den Amsterdamer und anderen Nebenbetrieben zugeführt werden sollen, auch wenn der Transport etwas länger dauert. In diesen Argumenten liegt viel Spiegel= fechtere, da doch nicht übersehen werden darf, dass die mögliche Ansiedlung von 200 000 Bauernfamilien oder, mit Frauen, Kindern und Personal mindestens einer Million Menschen auf dem späteren trockenen Polderland Arbeits= und Verdienstmöglichkeiten von ungeheuren Ausmassen schaffen wird.

Da Amsterdam bei der Anlegung einer neuen Abwässerleitung zweifelsohne auf Zuschüsse der Provinz Nordholland und des Reiches rechnen kann, sind nur die ungeheure Kostenüberschreitung und die Veränderung der Wasserverhältnisse nördlich des Abschlussdeiches ernstliche Gegengründe. Gewiss ist die Kosten= überschreitung beispiellos, aber da die Kosten auf dem Anleihewege aufgebracht werden, besteht nicht das geringste Bedenken, an der Tilgung dieser Anleihe meh= rere Generationen teilnehmen zu lassen, da doch auch mehrere Geschlechter blei= benden Vorteil von der Trockenlegung haben.

Die Veränderung der Wasserverhältnisse durch die Verdrängung der Zuider= see=Wassermassen ist ein absolut verkehrtes Bild. Gewiss ist die heutige Zui= dersee, wenn man an ihren Ufern steht, ein kleines Binnenmeer, aber schon der weiten Nordsee gegenüber ist sie bedeutungslos und ein Vergleich mit dem un= geheuren Atlantischen Ozean kommt überhaupt nicht mehr in Betracht. Was hier tatsächlich an Wasser verdrängt wird, ist so wenig, dass es bei normalen Wasser= ständen keine Rolle spielt. Sturmfluten können natürlich immer wiederkehren, aber eine Sturmflut, die den gewaltigen Abschlussdamm hinwegspült, wird nicht nur das trockengelegte Gebiet zurückerobern, sondern darüber hinaus vielleicht ganz Holland und noch Teile Nordwestdeutschlands in einer Riesenkatastrophe untergehen lassen. Wollte man im Hinblick auf solche Möglichkeiten darauf verzichten, so müsste man heute schon ganz Holland als Gefahrenzone räumen.

Somit hatte der niederländische Wasserbauminister durchaus recht, als er erklärte, dass bei einer Stilllegung der Trockenlegungsarbeiten die 90 Millio= nen Gulden für den Abschlussdeich glatt ins Wasser geworfen wären, und die kam= mermehrheit einschliesslich der Mehrheit der sozialdemokratischen Abgeordneten stimmte ihm darin zu. Immerhin ist die Agitation gegen die Trockenlegung damit noch nicht abgetan, und es wird vermutlich bis zu einer allgemeinen Einigung noch recht heftige Debatten geben.

B-r.

+ + +  
Acht Jahre Zuchthaus für Urban! In dem Prozess gegen den Artisten Karl Ur= ban, der am 20. Januar 1931 den Geschäftsführer Schmoller vom Mercedes=Palast in Berlin=Neukölln erschoss, wurde der Angeklagte vom Schwurgericht beim Land= gericht II in Berlin wegen Totschlags in Tateinheit mit unbefugten Waffenbe= sitzes zu acht Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt.

In der Urteilsbegründung führte Landgerichtsdirektor Sachs aus: Es ist erwiesen, dass der Angeklagte den Geschäftsführer Schmoller getötet hat, aber es ist nicht erwiesen, dass er von dem auf den Zahlbrettern aufgeschichteten Geld etwas raubte. Tatsächlich fehlten 200 Mark, aber hier kann möglicherweise auch eine zweite Person als Dieb in Frage kommen. An sich war allerdings ein überlegter Raubmord vorbereitet. Es ist aber immerhin möglich, dass der Ange= klagte in dem Augenblick, als er statt des erwarteten früheren Geschäftsführer: Silbermann den ihm bisher unbekanntem Direktor Schmoller antraf, vollkommen aus der Fassung gebracht war und ohne gedankliche Klarheit und Ueberlegung im Af= fekt handelte. Aus diesem Grunde erkannte das Gericht auf Totschlag, obschon eine ursprüngliche Mordabsicht vorhanden war. Von der Raubabsicht kann Urban möglicherweise freiwillig zurückgetreten sein; durch das Verhalten Urbans nach der Tat ist eine Schuld in dieser Hinsicht nicht erweisbar. Angesichts der durchaus robusten Natur des Angeklagten und im Hinblick auf mehrere erhebliche Vorstrafen sah sich das Gericht nicht in der Lage, mildernde Umstände zu ge= wahren.

+ + +

Zeppelin am Nordpol! Am Mittwoch wurde in München der Vertrag über das Zusammentreffen des Luftschiffs "Graf Zeppelin" und des Unterseebootes "Nautilus" des Polarforschers Wilkins unterzeichnet. Das Luftschiff "Graf Zeppelin" und das Wilkins'sche U-Boot werden noch in diesem Sommer im Verlaufe ihrer gemeinsamen wissenschaftlichen Expedition in der Gegend des Nordpols zusammen treffen. Die Expedition wird von William Randolph Hearst, dem Chef der amerikanischen Hearst-Presse, finanziert.

Der Spezialzweck des Zeppelinfluges nach dem Pol ist die Klärung der Frage, ob ein Luftschiff überhaupt geeignet ist, Mitglieder von Forschungs Expeditionen in der Arktis zu landen, wieder aufzunehmen und zu suchen. Einschliesslich der Besatzung werden etwa 45 Personen, unter ihnen acht oder neun prominente Wissenschaftler, an Bord des "Graf Zeppelin" an der Fahrt teilnehmen. Starten wird das Luftschiff von seiner Basis, dem Franz Josefs-Land aus, wenn der "Nautilus" etwa zwei Tage vom Pol entfernt ist.

+ + +  
Tragischer Traum. In Kruschewaz (Jugoslavien) erschoss ein Landwirt im Traum seine Frau. Er hatte geträumt, dass er von seinen Gläubigern bedroht würde und sich mit Waffengewalt wehren müsse.

+ + +  
Explosion in der Festung. Bei Kanton ereignete sich in einem chinesischen Fort eine schwere Explosionskatastrophe. Zehn Personen wurden getötet, acht lebensgefährlich verletzt.

+ + +  
Deichbruch. Am sogenannten Lemonienstrom in der Memel-Niederung brach am Mittwoch Morgen der Deich in einer Breite von etwa hundert Metern. Das Land wurde auf weite Strecken überflutet. Die Schulen mussten geschlossen werden, da die Kinder nicht mehr gefahrlos über die Strassen gehen können. Viel Vieh ertrank.

+ + +  
Flucht des Briefträgermörders. Der Mörder Ernst Reins aus Berlin-Charlottenburg, der am 1. Mai in Berlin-Schöneberg den Geldbriefträger Schwan ermordete und beraubte, ist allem Anschein nach über die Grenze entkommen. Auch seine beiden Schwestern Inge und Jenny Reins sind flüchtig. Verschiedene Umstände lassen darauf schliessen, dass die drei Geschwister sich zurzeit in der Schweiz bzw. in Italien aufhalten. Im übrigen vermutet die Berliner Kriminalpolizei, dass Ernst Reins auch im November vorigen Jahres die Konfitürenhändlerin Matschke in Berlin ermordet und beraubt hat.

+ + +  
Banditenüberfall. In Neudorf bei Kattowitz drangen drei Banditen mit vorgehaltenem Revolver in die Geschäftsräume einer Bankfiliale ein, hielten Personal und Publikum in Schach und plünderten die Kasse - wobei ihnen allerdings nur 3500 Zloty in die Hände fielen. Die Verbrecher entkamen in einem Auto.

+ + +  
17jähriger Mörder. Ein 17 Jahre alter Bauernsohn erschlug in Heringen im Kreise Sangerhausen nach heftigem Wortwechsel seinen Arbeitgeber mit der Mistgabel. Der Täter ist geflohen.

+ + +  
Wetter nach Wunsch? Der bekannte holländische Wetterspezialist Veraar will ab 1. Juli in niederländischen Orten, in denen für die Landwirtschaft schönes Wetter benötigt wird, regelmässig sein schon früher erfolgreich angewandtes Wetterverfahren versuchen. Veraar arbeitet mit Flugmaschinen, von denen ein Hagel von körnergrossen Eisstückchen auf bestimmte Wolken verstreut wird. Wissenschaftliche Kreise haben Veraars Gesuch um staatliche Subventionen unterstützt.





# Gewerkschaftliche Rundschau

Das ist alles?

-----

SPD. Die Braunskommission hat am Mittwoch ihr zweites Teilgutachten zur Arbeitslosenfrage der Presse übergeben. Eine grössere Enttäuschung als dieses Gutachten ist nicht gut denkbar. Auch die Trostworte, die Dr. Brauns bei der Erläuterung des neuen Gutachtens sprach, ändern nichts an der niederschmetternden Tatsache, dass mit der Einsetzung der Gutachterkommission grosse Hoffnungen erweckt wurden, die nunmehr von einer neuen Enttäuschung abgelöst werden. Die Gewerkschaften hatten rechtzeitig gewarnt. Sie haben leider recht behalten.

Was bringt das neue Gutachten? Die Antwort ist mit zwei Sätzen gegeben: Empfehlung von Arbeitsbeschaffung und Ausbau der Notstandsarbeiten. Die Arbeitsbeschaffung soll durch Heranziehung von Auslandskapital finanziert werden - vorausgesetzt, dass es zu erträglichem Zinsfuss zu erhalten sei. Ähnliche Wege seien auch in früheren Jahren vor der Verschärfung der Krise beschritten worden. Der grundlegende Unterschied zu Gunsten der gegenwärtigen Lage beruhe auf folgenden Gesichtspunkten: Einmal würden die aus den Anleihen uns zufließenden Devisen voraussichtlich nicht wie früher sofort zur Bezahlung einer steigenden Einfuhr, sondern bei Fortdauer der zur Zeit günstigen Zahlungsbilanz in erheblichem Mass zur Abdeckung kurzfristiger Auslandsschulden dienen können, deren gegenwärtige Höhe lähmend auf die deutsche Wirtschaft, insbesondere auf die deutsche Bankpolitik, wirke. Das hindere natürlich nicht, dass der bei fortschreitender Konjunktur auch der internationale Warenaustausch eine entsprechende Steigerung erfahre. Ferner falle heute günstig ins Gewicht der planmässig eingeleitete Abbau der überhöhten Produktionskosten und der Tiefstand der Depression, der einer Belebung der Wirtschaft bessere Aussichten biete, als sie in den vorhergehenden Jahren bestanden hätten. Die organisatorische Voraussetzung dieser Finanzierung seien in ihren Einzelheiten auszuarbeitende Pläne für die Durchführung von Arbeiten, die wirtschaftlich wertschaffend seien und beim Kreditgeber das nötige Vertrauen erweckten. Weitere Voraussetzungen für die Finanzierung und Durchführung einer umfassenden Arbeitsbeschaffung seien: geordnete öffentliche Finanzen, Sparsamkeit in der öffentlichen und privaten Wirtschaft und in der Lebenshaltung, Aufrechterhaltung der deutschen Währung und Beruhigung unserer innerpolitischen Verhältnisse.

Als förderungswürdige Arbeitsgebiete werden von dem Gutachten genannt: Energiewirtschaft, Verkehrswesen, landwirtschaftliche Melorationen, landwirtschaftliche Siedlung und in beschränktem Umfang Wohnungswirtschaft. Die Elektrizitätswirtschaft biete z.B. durchaus Raum für weitere wirtschaftlich zweckmässige Investitionen, ebenso seien auf dem Gebiete der Gaswirtschaft grosse Entwicklungsmöglichkeiten vorhanden, da hier die Anlagen zum Teil veraltet seien, bei der Reichsbahn böten sich innerhalb des bestehenden Bahnnetzes auch neben der Elektrifizierung zahlreiche andere Möglichkeiten wirtschaftlich zweckvoller Arbeitsbeschaffung. Bei der Reichspost gebe es eine Reihe von wirtschaftlich wertvollen Arbeiten zum Ausbau der Verkehrseinrichtungen, förderungswürdig sei vor allem die Verbesserung des alten Strassennetzes usw.usw.

Die Kommission hat die Frage geprüft, wie die Mittel zur Förderung von Notstandsarbeiten verstärkt werden können. Die Kommission billigte den Plan der Aufnahme einer Anleihe, der mit nur mittelbarem Einsatz der Reichsbürg-

schaft über die Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten A.G. verwirklicht werden soll. Wenn der Plan bis heute noch nicht ausgeführt werden können, so sei dies auf die bedauerliche Störung des deutschen Auslandskredits infolge der innerpolitischen Entwicklung in Deutschland zurückzuführen. Unter den gegebenen Verhältnissen sei es als ein Erfolg anzuerkennen, dass die Gesellschaft seit ihrer Gründung ein zusätzliches Programm für Notstandsarbeiten in Höhe von 70 Millionen Mark in Gang gebracht habe. Davon seien rund 58 Millionen bereits für bestimmte Projekte, in der Hauptsache werbende Anlagen, bewilligt. Im ganzen sei dadurch einschliesslich der Darlehn der Länder und der Zuschüsse der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung sowie der eigenen Aufwendungen der Träger ein Kapital von mehr als 250 Millionen für die wertschaffende Arbeitslosenfürsorge innerhalb von 9 Monaten in Fluss gebracht worden.

Den Schluss des Gutachtens bildet eine Empfehlung des Freiwilligen Arbeitsdienstes, der sich in zwei Formen verwirklichen lasse: einmal Arbeitsleistung am Unterstützungsort oder in dessen Nähe unter Fortbezug der Unterstützung und zweitens Aufnahme von zusätzlichen Aussenarbeiten auf dem Land durch junge Arbeitslose unter Loslösung vom bisherigen Arbeitsort, wobei sich gesinnungsgemäss verbundene kleine Gruppen zu Arbeitsgemeinschaften zusammenschliessen könnten. Eine Förderung des Freiwilligen Arbeitsdienstes aus öffentlichen Mitteln sei dann ausgeschlossen, wenn die Gefahr bestehe, dass die Zusammenfassung solcher Arbeitsgruppen für politische oder gar staatsfeindliche Propaganda missbraucht werde. Eine Fortzahlung der Arbeitslosenunterstützung für die zweite Form des Arbeitsdienstes könne wahrscheinlich nicht in Betracht kommen. Wohl aber werde geprüft werden müssen, ob die Verpflichtung des gemeinnützigen Trägers für Unterhalt usw. zu sorgen, nicht durch Zuschüsse aus etwaigen Ersparnissen der Reichsanstalt, der Krisenfürsorge und der öffentlichen Fürsorge erleichtert werden könne.

Das ist alles. Es ist wenig genug. Nachdem also der Versuch der Regierung, im Bunde mit den Arbeitgebern die Wirtschaft von ihnen heraus - wie das schöne Schlagwort lautet - d.h. durch Lohn- und Preisabbau zu sanieren, Fiasko gemacht hat, kommt man wieder zur Arbeitsbeschaffung zurück. Als die Gewerkschaften seinerzeit darauf hinwiesen, dass die Abdrosselung des fremden Kredits sich verhängnisvoll auswirken müsse, wurden ihre Warnungen in den Wind geschlagen. Dann kamen die Hitlerwahlen, und die Hoffnungen, mit fremdem Geld etwas zur Ankurbelung der deutschen Wirtschaft tun zu können, wurden begraben. Dann kam der Lohnabbau, und heute steht man also glücklich wieder, wo man bereits vor mehr als Jahresfrist stand. Und um das nun festzustellen, hat man eine besondere Kommission eingesetzt. Tragödie!

SPD. Der Raubüberfall auf einen Geldzusteller im Westen Berlins, der den Tod des Beamten zur Folge hatte, liess in der Öffentlichkeit den Ruf nach verstärktem Schutz für den Geldbriefträger laut werden. Zu dieser Forderung wird uns aus dem Gesamtverband geschrieben:

Die Deutsche Reichspost warnt die Geldbriefträger immer wieder davor, sich in Wohnungen zu begeben, deren Inhaber ihnen persönlich unbekannt ist. Die Beachtung dieser Vorschrift ist besonders bei der Auslieferung von Geldsendungen an Untermieter erforderlich. Wie der neueste Fall in Berlin beweist, wird dieser Warnung von den Beamten aber recht oft nicht entsprochen, so dass die Raubüberfälle sehr erleichtert werden. Die Postverwaltung will nun die Beamten im Geldzustelldienst bewaffnen. Die Massnahmen der Verwaltung, so gut sie auch gemeint sein mögen, sind jedoch kaum geeignet, geplante Raubüberfälle zu vereiteln oder den Beamten in der Abwehr wirksam zu unterstützen. Zu beachten ist, dass der Ueberfall immer aus dem Hinterhalt und überraschend erfolgt, so dass selbst ein Totschläger oder eine Pistole in der Tasche des

Ueberfallenen diesen nicht schützen kann. Auch kann die Bewaffnung der Beamten im Geldzustelldienst leicht dazu führen, dass man sie bei einem Ueberfall tödlich verletzt, um sie sofort vollkommen kampfunfähig zu machen, um eine bewaffnete Gegenwehr von vornherein auszuschliessen. Der beste Schutz vor Raubüberfällen ist also immer noch Vorsicht beim Betreten von Hauseingängen, Treppen und Wohnungen.

Eins ist aber besonders zu betonen. Die Geldzusteller, besonders in den Grässtädten, sind vielfach überlastet. Ihnen bleibt oft nicht Zeit, die Sicherheits- und Vorsichtsmassregeln so zu beachten, wie dies für ihren eigenen Schutz notwendig wäre. Auch auf diesen Punkt möchten wir das Augenmerk der Reichspostverwaltung besonders hinlenken. Ferner muss die DRP den Anreiz zum Ueberfall auf Geldbriefträger schwächen. Postkunden z.B., die sehr oft Geldanweisungen usw. erhalten, müssen dazu angehalten werden, sich ein Postscheckkonto anzulegen, damit der Geldbetrag, den die Geldzusteller bei sich führen, möglichst gering bleibt.

-----

SPD. Im Rahmen-Tarifstreit des Ruhrbergbaus wurde am Mittwoch ein Schiedsspruch gefällt, der eine Wiederinkraftsetzung des Tarifs mit folgenden Aenderungen vorsieht: Der Urlaub wird bei einer Tätigkeit von mehr als 2 Jahren für das Urlaubsjahr 1931 um 1 Tag gekürzt. Das Hausstandsgeld wird mit Wirkung vom 1. Juli an von 16 auf 10 Pfennig herabgesetzt. Die Zahlung von Soziallöhnen an Krankfeiernde kommt in Wegfall. Die Deputatkohलगewährung bei Beschäftigung mehrerer Mitglieder einer Familie im Bergbau wird verbessert.

Die Neuregelung kann erstmalig zum 1. April 1932 zum 31. Mai gekündigt werden. Die Erklärungsfrist läuft bis 11. Mai.

Der Zechenverband wird, wie wir erfahren, den Schiedsspruch ablehnen, weil auch er grundsätzlich die Siebenstundenschicht unter Tage vorsieht und die schätzungsweise Entlastung der Selbstkosten höchstens 0,75% der Lohnsumme betrage. Die Bergarbeiterverbände werden wahrscheinlich den Schiedsspruch annehmen.

-----

SPD. Für das Maler- und Anstreichergewerbe in Rheinland-Westfalen wurde vom rheinischen Schlichter ein Schiedsspruch gefällt, der eine Ermässigung der Stundenlöhne in Köln auf 1,16, Düsseldorf 1,14, im Industriegebiet und im bergischen Land auf 1,10 und in Ostwestfalen auf 1 Mark vorsieht. Die Neuregelung soll erstmalig zum 20. April 1932 gekündigt werden können. Der Rahmentarif wurde mit wenig Aenderungen bis zu diesem Zeitpunkt verlängert.

-----

SPD. Der Reichsarbeitsminister hat in einem seeben herausgegebenen Erlass zur Kriegsopferversorgung angeordnet, dass Erziehungsbeihilfen, Kinderzulagen und Waisenrenten bei Berufsausbildung nach Vollendung des 18. Lebensjahrs sowie Beihilfen für Witwen und Waisen von Pflegezulageempfängern wieder erhöht und neu bewilligt werden können.

Es handelt sich hier um eine Aufhebung des im April vom Minister herausgegebenen Sperrerrlasses, wonach die Leistung aller hinausschiebbaren Ausgaben wenn möglich auf das zweite Halbjahr des Haushaltjahres verschoben werden sollte.

-----



## Ernährungsindex 133.

Seltsame Auslegung des Verbraucherschutzes. - Neue Zollforderungen für Veredelungsprodukte.

SPD. Am Mittwoch tagte in Berlin der Deutsche Landwirtschaftsrat, der als Berufsorganisation der Landwirtschaft die Landwirtschaftskammern erfasst.

Der Präsident des Landwirtschaftsrats, der Ostpreusse Brandes, erkannte die Tätigkeit des Reichsernährungsministers Schiele für die Landwirtschaft an. Bei sämtlichen Getreidearten seien in Deutschland die absoluten Inlandspreise im ersten Vierteljahr 1931 höher als im Vorjahr, obwohl die Auslandspreise zum Teil durchweg sehr stark gefallen sind. Es sei gelungen, die deutsche Landwirtschaft davor zu bewahren, in die Strudel der internationalen Agrarkrise gezogen zu werden, was ihre Vernichtung bedeutet hätte.

Es ist selbstverständlich, dass man die deutsche Landwirtschaft, schon wegen der Rückwirkungen auf die Verbraucher und auf die Gesamtwirtschaft, vor den Auswirkungen der internationalen Agrarkrise schützt. Dieser Schutz findet aber seine Grenzen beim Verbraucher. Er darf nicht über die Kraft des Verbrauchers gehen, weil der Zusammenbruch des Verbrauchers wiederum den Zusammenbruch der Landwirtschaft bedeutet. Das berücksichtigt der Deutsche Landwirtschaftsrat nicht. Er hat vielmehr neue unnötige Zölle angemeldet.

Brandes verlangte in seiner Begrüßungsrede höhere Zölle für Butter, für Obst, für Gemüse, die Spezialkulturen und für Holz. Um den höheren Holzzoll, die Kontingentierung der Holzeinfuhr und den Verwendungszwang von deutschem Holz zu begründen, hatte man sich zwei Redner bestellt, den Landesökonomierat Prieger aus Hafenpreppach und einen "Hofkammerpräsidenten", von Garnir aus Berlin. Die Begründung für einen höheren Veredelungszoll, die Brandes selbst gab, wirkte alles mehr als überzeugend. Wenn z.B. in Ostpreussen für Butter, Milch und Molkereiprodukte Einnahmeausfälle in der Landwirtschaft eingetreten sind, dann erklärt sich das aus der fürchterlichen Wirtschaftskrise, die auf den Lebensstandard der arbeitenden Bevölkerung drückt, weiter aber auch aus den Auswirkungen der bisherigen überhöhten Zollpolitik. Wenn Brandes sagt, dass Deutschland einen Butterzoll von 50 Mark habe, Bulgarien aber einen solchen von 100, Litauen von fast 170, Russland von 612 und die Vereinigten Staaten von gut 130 Mark, dann berücksichtigt er nicht, dass es sich hier um Butterüberschussländer handelt, dass Deutschland dagegen Buttereinfuhrland ist und dass die anderen Buttereinfuhrländer weit geringeren Zoll erheben als Deutschland.

Aus den neuen Forderungen der Landwirtschaft ersieht man, wie berechtigt es war, dass in dem neuen Zollgesetz vom März 1931 die Bestimmung eingearbeitet wurde, dass der Ernährungsindex von 133 nicht überschritten werden dürfe. Hier liegt der Verbraucherschutz gegenüber einer überspannten Zollpolitik in der Landwirtschaft. Gegen diesen Verbraucherschutz richtete der Deutsche Landwirtschaftsrat am Mittwoch schwerstes Geschütz. Einmal kommentierte Brandes das Zollgesetz vom März so, dass die Regierung nicht nur die "Ermächtigung", sondern auch die Verpflichtung habe, das Missverhältnis zwischen dem Index der landwirtschaftlichen Erzeugnisse und den übrigen Indicies zu beseitigen und insbesondere den Index der landwirtschaftlichen Erzeugnisse in ein angemessenes Verhältnis zum Index der landwirtschaftlichen Produktionserfordernisse zu bringen. Die Ausle-

gung des Gesetzes, dass der starre Ernährungsindex von 133 nie überschritten werden dürfe, sei falsch. Das Primäre sei die Forderung der Angleichung des landwirtschaftlichen Index an die landwirtschaftlichen Produktionsbedürfnisse". Reichsernährungsminister Schiele hat in seiner Rede diese Auffassung des Deutschen Landwirtschaftsrats unterstrichen und dazu ausgeführt, dass der Agrarindex auf 108 stehe, während alle für die landwirtschaftliche Produktion massgebenden Indexziffern auf etwa 137 stünden; der Reichsregierung sei durch das Märzgesetz die "Verpflichtung auferlegt, die ihr zur Verfügung stehenden Mittel so einzusetzen, dass das Missverhältnis zwischen dem Index der landwirtschaftlichen Erzeugnisse und den übrigen Indices beseitigt und dass insbesondere der Index der landwirtschaftlichen Erzeugnisse in ein angemessenes Verhältnis zu dem Index der landwirtschaftlichen Produktionserfordernisse gebracht werde." Besonders unterstrich der Minister dabei die Forderung nach einem höheren Schutz der Milchwirtschaft, mit deren Schicksal jeder Reichslandwirtschaftsminister auf das engste verknüpft sein werde und müsse. Es ergibt sich in den Ausführungen Schieles und Brandes eine fast wörtliche Uebereinstimmung.

Damit wird die Stellung des Reichsernährungsministeriums gegenüber dem Verbraucherschutz akut. Hier haben sich am Mittwoch in der Schiele'schen Rede mehrere Seltsamkeiten ergeben. So die Feststellung, dass nach Ermittlungen des Statistischen Reichsamts im April der durchschnittliche Brotpreis noch unter dem Stand der 6 Monate von Oktober 1930 bis März 1931 gelegen habe. Nur in Berlin sei das nicht der Fall und hier habe er, der Reichsernährungsminister, Hoffnung, die Preiserhöhung - mittlerweile ist man zu einer Preissenkung von 2 Pfennigen gekommen, die eben 50 % der von den Berliner Bäckern vorgenommenen Preiserhöhung entspricht und durchaus nicht genügt - korrigieren zu können. Wir fragen, in welcher Art hat das Reichsstatistische Amt diese Berechnung angestellt, von der man in der Öffentlichkeit bis jetzt nichts hörte? Im übrigen kommt ja nicht nur die Brotverteuerung in Berlin, sondern die in ganz Deutschland in Frage. Andererseits verglichen sowohl Brandes als auch Schiele am Mittwoch wieder den Agrarindex mit 108 Punkten, der nur Grosshandelspreise erfasst, mit den industriellen Fertigwarenindices, die allerdings um 30 Punkte höher liegen. Für den Verbraucher will ein Agrarindex von 108 gar nichts besagen. Für ihn ist der Ernährungsindex massgebend und der Ernährungsindex macht rund 130 Punkte aus. Will der Minister hier korrigieren, dann muss er auf die Zwischengewinne drücken. Was hat der Verbraucher davon, wenn der Grosshandelspreis für Butter unter den Friedensstand gesunken ist. Er muss für Butter weit höhere Preise als im Frieden bezahlen. Die Bäckerspanne hat sich ja auch im letzten halben Jahr z.B. in Berlin abermals erhöht und zwar in einem Ausmass, das die Verbraucherschaft mit Dutzenden von Millionen belastet. Der Reichsernährungsminister hat wohl davon gesprochen, mit Hilfe der ihm zur Verfügung stehenden Machtmittel - und diese Machtmittel sind nicht gering einzuschätzen - auf die Gewinnspanne zu drücken. Aber seine rhetorischen Leistungen am Mittwoch haben bei uns nicht die Hoffnung aufkommen lassen, dass diese Machtmittel so rücksichtslos eingesetzt werden, wie das der kritischen Situation entspricht. Umgeht man die gesetzliche Bestimmung, wonach der Ernährungsindex 133 nicht übersteigen darf, dann ist der Verbraucherschutz illusorisch, der Weg der Abwälzung der Krisenlast ausschliesslich auf die arbeitenden Massen frei. Das wird selbstverständlich bestimmte Konsequenzen haben.

Erwähnt soll noch werden, dass der Reichsernährungsminister am Mittwoch in seiner Rede zugab, dass die Landwirtschaft von der Staatshilfe mehr verlange als selbst ein Diktator zu geben vermag". In diesem Zusammenhang interessiert eine weitere Feststellung Schieles, dass der Agrarindex in Deutschland während der Krise um 11 %, der Agrarindex im Mussolinienstaat Italien aber um 19 % gesunken ist.

SPD. Wie Reichsernährungsminister Schiele am Mittwoch mitgeteilt hat, hat der Durchschnittsbrotpreis im April den Stand in der Zeit von Oktober 1930 bis März 1931 nicht überschritten. Danach, so folgert der Reichsernährungsminister, liege für ihn die gesetzliche Verpflichtung nicht vor, sofort Massnahmen zu ergreifen, um den Brotpreis auf den alten Stand zu drücken.

Alle Welt hat diese Mitteilung mit Staunen aufgenommen. Tatsache ist, dass der Brotpreis in den wichtigsten Wirtschaftsbezirken gestiegen ist. Wie reimt sich das mit den Berechnungen des Reichsstatistischen Amtes zusammen? Die Statistik soll immer eine wächserne Nase haben, die man nach Belieben formen kann. Daran muss man angesichts der Berechnungen des Statistischen Amtes denken. Die Berechnungen stützen sich auf die Erfassung des Brotpreises in 72 deutschen Städten. Unter diesen 72 Städten sind aber in der Hauptsache Mittel- und Kleinstädte vertreten. In den Mittel- und Kleinstädten blieb jedoch der Brotpreis verhältnismässig stabil, während die starken Steigerungen in den Grosstädten eintraten. Die Berechnungen auf Grundlage der Preisbewegung in den 72 Städten führten also zu einem falschen Ergebnis.

Andererseits muss man überlegen, dass die sprunghafte Brotpreissteigerung erst in der zweiten Hälfte des April eingetreten ist. Die Periode der sprunghaften Preissteigerung hätte also gesondert berechnet werden müssen. Das hat das Reichsstatistische Amt nicht getan; es hat vielmehr rein schematisch den Monatsdurchschnitt genommen. Damit sind die Preissteigerungen statistisch nicht so stark in Erscheinung getreten, wie das in Wirklichkeit der Fall ist.

Auf der Grundlage der gekennzeichneten Rechnung ist das Reichsstatistische Amt zu seinem überraschendem Resultat gekommen. Dieses Resultat entspricht aber nicht den wirklichen Verhältnissen und es ist ein Unding, wenn sich der Reichsernährungsminister auf die wächserne Nase der Statistik in einer so lebenswichtigen Frage wie der Brotpreissenkung beruft.

Das, was wir über die Preisentwicklung gesagt haben, geht aus einer Statistik hervor, die das Preussische Statistische Landesamt über die Bewegung des Brotpreises im Monat April für 51 preussische Städte durchgeführt hat. Danach haben 60% der Städte Brotpreiserhöhungen zu verzeichnen. In Frage kommen hauptsächlich Grosstädte. Der Jahresdurchschnitt 1930 ist erheblich überschritten. Brotpreiserhöhungen hatten 30 von 51 Städten. Das Ausmass der Brotpreiserhöhung ist ungeheuer gross. Die Steigerung beträgt in Liegnitz 21,4%, in Cottbus 13,3, in Kassel 12,9, in Königsberg/Pr. 11,1, in Duisburg-Hamborn 9,1, in Paderborn 9,1, in Potsdam 8,3, in Halle 7,7, in Wiesbaden 7,5, in Magdeburg 7,4, Aachen 6,7, Breslau 6,3, Allenstein 6,3, Braunsberg 6,3, Köslin 6, Koblenz 5,7, Dortmund 5,6, Berlin 5,6, Stettin 5,4, Altona 5,3, Erfurt 4,6, Köln 4,3, Hagen 4,3, Düsseldorf 4,2, Neuss 4,2, Waldenburg/Schles. 4,1, Hannover 4, Hildesheim 4, in Stralsund 2,6, und in Kiel 2,4%.

SPD. Der Farbentrust (I.G. Farben A.G.), der für 1930 die alte Dividende von 12 Prozent aufrecht erhält, gibt für das Jahr 1930 einen Reingewinn von 89,2 Millionen Mark an gegenüber 104,5 Millionen Mark im Vorjahre. Die Ab-schreibungen haben sich von 70 Millionen auf 57 Millionen Mark ermässigt. Die Steuern senken sich von etwa 67 Millionen auf 56 Millionen, Unkosten werden, wie bisher, nicht angegeben, womit sich die Publizität sehr beeinträchtigt.

Der Umsatz hat sich, so wird im Geschäftsbericht ausgeführt, im Krisen-jahr gesenkt. Das gilt besonders für die Farbensaufuhr und für den Absatz von Stickstoff. Das Geschäft in Pharmazeutika, photographischen Produkten, Riechstoffen usw. war befriedigend. Auf dem Kunstseidengebiet konnte mengenmässig der Absatz gehalten werden. Dem Preisrückgang wurde durch Produktion von Seiden mit höherem Verkaufswert entgegengetreten. In der Hydrieranlage

(Kohlenverflüssigung) sei man zu einer weiteren Verbilligung der Produktionspreise gekommen, jedoch sei bei den gegenwärtigen Schleuderpreisen auf den Oelmärkten ein rentables Arbeiten nicht mehr möglich.

Wenn sich der Absatzrückgang nicht krasser in der Ertragsrechnung ausdrückt, so ist das wohl auf stärkste Rationalisierungsmaßnahmen zurückzuführen. Ende 1928 beschäftigte die I.G. Farbenindustrie noch 154 596 Arbeiter und Angestellte, bis Ende 1929 war die Zahl auf 131 752 gefallen; bis Ende 1930 ist ein abermaliger Rückgang, auf 114 197, eingetreten. Durch Einführung von Kurzarbeit ist die Entlassung von schätzungsweise etwa 8 000 bis 9 000 Arbeitern vermieden worden; in einzelnen Teilen wurde durch Einführung von Kurzarbeit die Einstellung von im ganzen 1 000 Arbeitern ermöglicht. Zur Vermeidung weiterer Entlassungen hat der Trust begonnen, auch bei den Angestellten teilweise Kurzarbeit einzuführen.

Die Bilanz weist eine starke Verflüssigung auf. Die flüssigen Mittel betragen rund 137 Millionen Mark gegenüber 128 Millionen Mark im Vorjahr. Die Vorräte haben sich gesenkt, womit ohne Zweifel "vorsichtigste" Bewertung vorliegt.

Wie die Deutsche Bank und andere Gesellschaften hat auch der Farbentrust die niedrigen Börsenkurse benutzt, um eigene Aktien aufzukaufen. In der Praxis bedeutet das eine Kapitalverminderung und zwar vermindert sich das I.G. Farben-Kapital durch den Aufkauf eigener Aktien von rund 800 Millionen auf 714 Millionen Mark.

-----  
 Man wartet auf Reichsbestände.

-----  
 (Berliner Getreidebörse vom 6. Mai)

SPD. Die Berliner Produktenbörse konnte, soweit Zeitgeschäfte in Frage kamen, am Mittwoch die Verluste der letzten Tage zum Teil wieder einholen. Die späteren Sichten zogen um 2 Mark an. Prompter Weizen zeigte keine Veränderungen; das Angebot blieb knapp, die Käufer hielten sich zurück. Im Roggenhandel stockte das Geschäft. Die Mühlen hoffen, dass ihnen aus Reichsbeständen billiges Material zur Verfügung gestellt wird. Die spärlichen Angebote der Landwirte, die zu unveränderten Preisen erfolgen, finden daher wenig Beachtung, Mehl in beiden Sorten war auf Basis der letzten Notierungen angeboten, hatte aber nur sehr kleines Geschäft, für Hafer lauteten die Forderungen hoch, waren aber schwer durchzusetzen.

|                               | <u>5. Mai</u>                  | <u>6. Mai</u> |
|-------------------------------|--------------------------------|---------------|
|                               | (ab märkische Station in Mark) |               |
| Weizen                        | 283 - 285                      | 283 - 285     |
| Roggen                        | 199 - 201                      | 198 - 200     |
| Braugerste                    | =                              | =             |
| Futter- und Industrierogerste | 230 - 244                      | 230 - 244     |
| Hafer                         | 192 - 196                      | 194 - 198     |
| Weizenmehl                    | 34,25-40,25                    | 34,25-40,00   |
| Roggenmehl                    | 27,25-29,50                    | 27,00-28,75   |
| Weizenkleie                   | 14,25-14,50                    | 14,25-14,50   |
| Roggenkleie                   | 14,75-15,00                    | 14,75-15,00   |

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Mai 298 und Geld (Vortag: 298), Juli 301-300 $\frac{1}{2}$  (299), September 251 (249). Roggen Mai 204 $\frac{1}{2}$ -203 $\frac{1}{2}$  (204 $\frac{1}{2}$ ), Juli 201 (201 $\frac{1}{2}$ ), September 190 (190). Hafer Mai 204 (204), Juli 208 (208 $\frac{1}{2}$ ), September 182 $\frac{1}{2}$  (183).

# Kunst und Wissen

U N T E R H A L T U N G S B E I L A G E D E S S + P + D

Berlin, den 6. Mai 1931.

Der Zug 21 Uhr 13.<sup>x</sup>

Von Roger Régis.

SPD. Herr Martin zog seine Uhr und rief: "21 Uhr 07. Bleiben 6 Minuten für den Weg. Da komme ich gerade noch recht zum Pariser Zuge."

Frau Martin drängte: "Geh! Es wird dich zerstreuen, und nachher erzählst du mir alles."

Jeden schönen Abend gab's die gleiche Unterhaltung. Die Martins hatten sich in Paris ein kleines Vermögen erspart. Da weder Verwandte noch Freunde sie dort fesselten, waren sie in die Provinz gezogen. In dem einsamen, schönen Städtchen trübte nichts ihre alten Tage. Frau Martin strickte von Morgens bis Abends. Und ihr Gatte begrüßte jeden Tag den Zug 21 Uhr 13!

O, welch merkwürdige Leidenschaften lodern in den Menschenherzen! Herr Martin war von seiner ganz besessen. All seine Gedanken, seine Hoffnungen zielten auf einen Punkt; das einzige Ziel seiner Tage war: der Pariser Zug. Er trug in die Eintönigkeit seiner Tage etwas Phantastisches, Unbekannte, Lärme, Bewegung. Herr Martin beobachtete die Aussteigenden und zählte sie. Das war eine lustige Sache! Neugier, Interesse, tausend geheime Gefühle brachten sein Blut in Wallung, und wenn dann die schweren Wagen in die Weite zogen, wartete er, bis das letzte rote Licht in der Nacht verschwunden war. Dann kehrte er heim. Seine Frau erwartete ihn ungeduldig, und er berichtete, während sie weiter strickte: "Der Bürgermeister ist zurückgekommen. Er sah recht müde aus. (Oder wohl:) Frau Cervelle muss in Paris grosse Einkäufe gemacht haben. Sie schleppte einen Berg Pakete! (Oder:) Ein Liebespäpchen ist ausgestiegen. Es ging eng umschlungen. Eine Schande! So was sollte man verbieten."

Dann konnte Herr Martin sich mit der Befriedigung getaner Pflicht zur Ruhe legen, - einer Pflicht, die zugleich Vergnügen war.

An diesem Abend war der glückliche Mann, wie gewöhnlich, pünktlich zum Treffen erschienen. 21 Uhr 13 stand er hinter der Bahnschranke, zwei Schritt neben dem Ausgang. Aber heute hatte der Zug Verspätung.

"Teufel," sagte er, "ist das langweilig!"

"Sie erwarten wohl jemanden?" fragte einer.

"Ich? - Nein."

Wen hätte er schon erwarten sollen? Er kannte keine Verwandten. Alle seine Freunde wohnten in der Stadt, und keiner konnte abkommen. Und doch war er ungehalten über die Verspätung. Um seine Erregung zu bändigen, lief er tausendmal auf und ab und trampelte dabei tüchtig auf den Boden. Endlich schrillten die Pfeifen. Herr Martin nahm seinen Beobachtungsposten wieder auf. Der Zug rollte heran, puffte noch einmal laut hinaus und hielt. 1, 2, 3, 4: vier unauffällige Reisende trotteten vorbei. Plötzlich sprang aus einem Abteil erster Klasse eine kleine Frau auf den Bahnsteig. Sie war blond, zierlich, hübsch, hochmodern gekleidet. Sie stürmte zum Ausgang, gab ihre Fahrkarte ab, bemerkte Herrn Martin und wandte sich zu ihm. "Onkel! wie schön, dass du hier bist! Ich muss dir einen Kuss geben!" Und bevor der gute Mann wusste, wie ihm geschah, hatte sie die Arme um seine Schultern gelegt und ihm einen schallenden Kuss auf jede Wange gegeben. Dabei flüsterte sie ihm ins Ohr: "Verzeihen Sie meine aufdringlichkeit! Ich kann nur so den schrecklichen Kerl da los werden! Seit Paris belästigt er mich." Aus den Augenwinkeln wies sie auf einen Reisen-



den, den sechsten, der sich eben enttäuscht davonmachte.

Nun waren alle fort, und Herr Martin fand sich der reizenden Pariserin allein gegenüber. Er wurde rot wie ein Primaner und stotterte: "Madame... Madame..."

Die Fremde fuhr fort: "Da wir so nett miteinander Bekanntschaft geschlossen haben, können Sie mir auch weiter helfen. Wollen Sie? Ich kenne mich hier nicht aus. Ich muss für meinen anderweitig beschäftigten Mann beim Anwalt einen Prozess regeln. Wo ist das beste Hotel? Wollen Sie mich hinführen?"

Ob er wollte!! Von so viel Liebenswürdigkeit und Zutraulichkeit überwältigt verbeugte er sich, krümmte galant den Arm und sagte: "Es war recht von Ihnen, zu mir zu halten, gnädige Frau! Ich führe sie." So schritten sie durch den dämmernden Abend. Sie unterhielten sich wie alte Bekannte. Das Lachen der jungen Frau zerriss manchmal hell die Stille. Sie achteten nicht der erstaunten Blicke der verstummenden Gespräche... Vor dem Hotel trennten sie sich mit festem Händedruck. Herr Martin kehrte mit übergelbem Herzen heim.

Seiner Frau konnte.. konnte.. er diesmal nichts erzählen! Nein, er hatte nichts Besonderes am Zug 21 Uhr 13 erlebt. Er hatte nur Verspätung gehabt.. Das war alles.

Doch am nächsten Tage war die Stadt voll von dem Abenteuer des Herrn Martin. Herr Martin hatte eine Nichte. Eine Nichte? Hm.. Er hatte sie vom Bahnhof abgeholt, sie untergehakt und ins Hotel gebracht. Alle wussten's, alle hatten sie gesehen, alle sprachen davon.

Gewiss, gewiss macht der Arme sich jetzt Vorwürfe, wenn er die Augen seiner Frau sieht, die natürlich gleich am ersten Tage Nachricht von dem Erlebnis erhielt. Er grämt sich gewiss bei jedem Worte seiner Klubfreunde, bei jedem Blick der Vorübergehenden, bei jedem Nasenrumpfen, das sein Erlebnis kritisiert. Die schöne und sinnige Ruhe seines Lebens ist zerstört. Es bleibt nur die Erinnerung an den Druck zweier junger Arme, den frischen Kuss auf die faltige Wange.

Er geht nicht mehr zum Bahnhof, zur Ankunft des Zuges 21 Uhr 13. Nie mehr wird er hingehen! Doch seitdem sein Abenteuer laut wurde, sind es 20, ja: 20 Graubärte, die jeden Abend da stehen und einen Zufall ersehnen, wie er Herrn Martin beschert wurde! Aber solch köstliche Zufälle geschehen weder einem Manne noch einer Stadt zweimal!

(Berechtigte Uebersetzung von Ursel Ellen Jacoby.)

Nur ein Fädchen.<sup>x</sup>

SPD. John Rich zuckte leicht zusammen und drückte den Hut etwas tiefer ins Gesicht. Unter der breiten Krempe starrten seine grauen Augen über die Strasse. Er sah seinen Doppelgänger; er sah, um es präziser auszudrücken, den Mann, dessen Doppelgänger er seit heute Abend geworden war. John Rich hatte nicht nur ebenso ein graugestreeftes Beinkleid an wie der Herr, der eben das Haus Nr. 157 der September-Avenue verliess; auch sein Mantel hatte den gleichen Schnitt und die gleiche Farbe; sein Hut war von demselben verwaschenen Schwarz wie der Herbert Wingstones. Er hatte sich akkurat den gleichen Vollbart ins Gesicht geklebt, den jener von Natur trug, und auf seiner Nase sass dieselbe komisch verbogene Drahtbrille, über die hinweg Wingstone, der berühmte Juwelenhändler, nun schon seit Jahrzehnten Diamanten und Schmuckstücke prüfend und mit dem sicheren Blicke des Kenners betrachtete.

John Rich sah den Mann, dem er heute aufs Haar glich, langsam die September-Avenue hinuntergehen und um die Ecke verschwinden. Er sah auf seine Uhr. Genau vier Minuten wartete er. Dann ging er mit behäbigen, sicheren Schritten, genau wie Herbert Wingstone, über den Fahrdamm. Er hatte die Hände in den Taschen seines Mantels vergraben. Seine Finger umklammerten die Einbre-

cherwerkzeuge. Es musste klappen! Seit Wochen war dieser Streich vorbereitet; es konnte nicht schief gehen. John Rich hatte nicht nur Geste und Auftreten Wingstones kopiert; es war ihm sogar gelungen, seine gutmütige, ein bisschen fettig klingende Stimme zu imitieren. Und er wusste ganz genau, wo "ER" lag, der walnussgrosse Diamant, von bläulicher Farbe und unerhörter Schönheit. Er lag in einem Geheimfach des Geldschrankes in der Privatwohnung Wingstones, begraben im Dunkel einer eisernen Kassette, aus der John Rich ihn befreien wollte ans Licht des Tages - in einem anderen Lande natürlich, wo man sich für blaue Diamanten interessierte und nach dem Woher nicht viel fragte.

Fassadenkletterei und Einbrüche waren John verhasst. Dabei musste man zu sehr schwitzen. Mit Ruhe liess sich auch was erreichen, wahrscheinlich sogar mehr als mit veralteten Methoden. So hatte er diesmal das Mittel der Kopierung des zu Bestehlenden gewählt. Es würde sich sogleich erweisen, ob er damit wieder, wie immer, recht behalten hatte.

Er öffnete die Haustür und ging mit sicheren Schritten der Treppe zu. Frau Muckle kam aus ihrer Portierloge heraus und blieb überrascht stehen: "Ach Sie sind es, Herr Wingstone! Ja, sind Sie denn schon wieder da?" Im Herzen des Einbrechers frohlockte es. Sogar die Portiersfrau, die Wingstone nun schon seit dreissig Jahren bediente, hatte die Maskierung nicht erkannt. John Rich sagte in Wingstones gemütlichem Tonfall: "Nein, ich habe nur etwas vergessen. Ich gehe bald wieder." Damit wollte er die Treppe hinaufsteigen. Aber Frau Muckle lief hinter ihm her: "Um Gottes Willen, Herr Wingstone, Sie haben ja einen schrecklich langen Faden am Mantel hängen!" Lächelnd blieb John stehen und sah sich den langen weissen Faden an, der an seinem Mantelschoss gesessen hatte. Frau Muckle wickelte den langen Faden zu einem Knäuelchen zusammen und steckte es in ihre Schürzentasche. "Nein, so was", sagte sie und machte ein erschrockenes Gesicht. Gleich darauf fügte sie wie fragend hinzu: "Und ich habe den Mantel doch erst vorhin abgebürstet. Jetzt muss ich aber nach meinem Abendbrot sehen. Entschuldigen Sie, bitte, Herr Wingstone!"

Sie verschwand in ihrer Wohnung, und John Rich stieg die Treppe empor, öffnete die Flurtür, ging mit sicheren Schritten in das Arbeitszimmer des Juweliers, knipste das elektrische Licht an, zog seine Werkzeuge hervor und begann zu arbeiten. Manchmal hielt er inne und lauschte. Kein Laut war im ganzen Hause zu hören. War doch ein unvorsichtiger Kauz, der gute Wingstone. Lies: das Haus, in dem einer der kostbarsten Steine der Welt ruhte, von einer alten Pförtnerfrau, die keine Gesellschaft als ihren alten, gichtkranken Mann hatte bewachen. Legte den Stein in einen altmodischen Geldschrank, der sofort zu öffnen war, und glaubte naiverweise, ein Geheimfach sei ein Hindernis für einen Fachmann wie John Rich.

Zehn Minuten später war der Geldschrank offen. John Rich tastete mit der Hand die Innenwände ab, und bald hatte er den schmalen Ritz gefunden, der das Geheimfach anzeigte. Wenige Minuten danach war es ihm gelungen, auch dieses zu öffnen und ein würfelförmiges rotes Samtkästchen hervorzuziehen, das er sofort aufklappte. Er hatte Mühe, einen Ausruf des Entzückens zu unterdrücken. Der Stein war ein Wunder; es war, als ob ein Geheimnis in ihm steckte. John Rich ging unter die elektrische Lampe und liess in ihrem Scheine die geschliffenen Flächen des kostbaren Stückes glitzern und flimmern. Ein Lächeln des Triumphes umspielte seine Lippen: Er hatte gesiegt!

In diesem Augenblick wurde hinter ihm die Tür aufgestossen. John Rich fuhr entsetzt herum und starrte in die Mündungen von vier Revolvern. "Hände hoch!" sagte Kommissar Beetle und lächelte. Fassungslos hob John Rich beide Arme in die Höhe und starrte die vier Polizisten ungläubig an. Kommissar Beetle ging auf ihn zu, betrachtete ihn eine Weile nicht ohne Ironie, aber auch nicht ohne eine gewisse Anerkennung, sah dann hinauf zu dem funkelnden Stein, den John noch immer in der Hand hielt, streckte seinen Arm danach aus und liess das Juwel in der Tasche verschwinden. "Die Maske ist ausgezeichnet, John Rich", sagte er, "ganz ausgezeichnet, die Idee auch. Nur an der Ausfüh-

rung haperte es diesmal. Ja, ja, Einbrechen ist ein schwieriger Beruf...."  
Wütend fragte John Rich: "Wieso hat es an der Ausführung gehapert? Das ist Blech. Ich begreife nicht, woher Sie es wissen."

"Das darf ich Ihnen nicht verraten", erwiderte Beetle und zuckte die Achseln.

"Aber ich will es gern sagen", wurde eine Stimme hörbar, und zwischen den drei in der Tür stehenden Polizisten schob sich die dicke Frau Muckle durch. Was Sie verraten hat, war der weisse Faden. Ich hatte Sie bestimmt nicht erkannt, aber als ich den weissen Faden abnahm, da sah ich etwas.

"Was denn?" fragte John Rich.

"Ich sah, dass Ihr Mantel geplättet war."

"Geplättet?"

"Ja, geplättet. Und Herr Wingstone war ein paar Minuten vorher mit einem Mantel weggegangen, der zwar genau so aussah wie der Ihrige, jedoch morgen erst von mir gebügelt werden sollte. Ich bin eine Hausfrau, und mir entgeht so etwas nicht."

"Verdammt!" sagte John Rich.

"Und dann," fuhr Frau Muckle fort, die Arme übereinanderlegend, "und dann, nachdem ich gesehen hatte, dass der angebliche Wingstone plötzlich einen geplätteten Mantel anhatte, dann sah ich dem angeblichen Wingstone ins Gesicht. Und da wusste ich, dass Sie nie und nimmermehr mein Herr sein konnten. Denn ich kann einen gefärbten Bart sehr wohl von einem richtigen unterscheiden. Ich bin sofort ans Telephon gestürzt und habe die Polizei gerufen. Sie können vielleicht einen Sherlock Holmes hinters Licht führen, aber nicht eine Hausfrau mit 'nem Blick für gebügelte Sachen. Was das Schlimmste dabei ist, habe ich noch gar nicht gesagt: Mein Abendbrot ist dabei angebrannt...."

"Das ist für mich allerdings nur ein schwacher Trost", sagte Rich, während die Handschellen knackten. Kurt Miethke.

---

## Internationaler Rauschgiftschmuggel.<sup>x</sup>

---

Von Peter Chalmers.

SPD. Der internationale Rauschgiftschmuggel macht weit weniger von sich reden als das Alkoholschmugglergewerbe der Vereinigten Staaten; und doch ist er weitaus verderblicher in seiner Wirkung, gewinnbringender für seine Akteure und wagemutiger in seinen Taten, mit denen verglichen die der amerikanischen "Bootlegger" fast narmlos erscheinen. Er ist eine Drohung und ein Fluch nicht nur für die Lebenden, sondern auch für die heranwachsende und die noch ungeborene Generation. Gefängnisse, Irrenanstalten, Spitäler, Zwangsarbeitsanstalten und Friedhöfe werden durch seine lichtscheue Tätigkeit bevölkert.

Die gesteigerte Wirksamkeit des internationalen Rauschgiftschmuggels in der letzten Zeit hat aber einen begrussenswerten Erfolg nach sich gezogen. Die Regierungen der am meisten betroffenen Staaten haben sich zu einem Feldzuge gegen den schwer fassbaren Feind zusammengeschlossen. Die Vorbereitungen zu diesem Feldzuge bildeten den Gegenstand der ausserordentlichen Geheimkonferenz, die, von elf Staaten beschickt, im Dezember 1930 hinter versperreten und bewachten Türen in London tagte. Die Teilnehmer an dieser Konferenz, die über Dinge sprachen, deren Wirklichkeit grauenvoller ist als die Schreckbilder der Dichterphantasie eines Edgar Allan Poe, werden auf der für Mai 1931 anberaumten grossen Völkerbundtagung über die Geheimnisse des internationalen Rauschgiftschmuggels zu berichten und Mittel zu seiner wirksamen Bekämpfung vorzuschlagen haben.

Gewaltig sind die Schwierigkeiten. Mit der Festnahme der kleinen Händler ist nichts oder fast nichts getan. Da wird ein Keller, ein Hotelportier, ein

Barmixer verhaftet - aber einer mehr oder weniger von den Kleinen, was bedeutet das für die Hauptakteure? Die wahren Nutzniesser verstehen es schon, für ihre persönliche Sicherheit Sorge zu tragen. Es sind die Rauschgiftfabrikanten, die ihre Ware unbefugten Händlern für Exportzwecke verkaufen. Das weitere Glied in der Kette bilden Schmugglerbanden, die Aeroplane und Autos benützen, die Kapitäne und Mannschaften kleiner Lastschiffe bestechen und alle Mittel anwenden, um riesige Mengen des weissen Pulvers der Träume und des Todes allen Zollwachen zum Trotz über die Grenzen gelangen zu lassen. Allein in den Monaten Juli, August und September 1930 wurden in europäischen Häfen nicht weniger als 3500 Pfund Kokain und Heroin beschlagnahmt. Der Marktwert dieses Fischzuges beträgt annähernd dreissig Millionen Mark! Und dabei haben wir lediglich den dank einem glücklichen Zufall in den Ursprungshäfen konfiszierten gesetzwidrigen Export vor uns. Um wieviel grössere Mengen entgingen der Kontrolle und erreichten sicher ihre Bestimmungsorte in Nord- und Südamerika und Ägypten - den wichtigsten Abnehmergebieten ausserhalb Europas! Und um wieviel grössere Mengen wurden in Europa selbst auf ungesetzlichem Wege abgesetzt! Niemand vermag das mit Bestimmtheit anzugeben. aber es ist bestimmt nicht zu hoch gegriffen, wenn wir diese Mengen als zehnmal so gross wie die beschlagnahmten annehmen.

Im Herbst 1930 fand die Berliner Polizei in der Wohnung eines Fabrikanten ein totes Mädchen vor. Verschiedene Anzeichen wiesen auf eine Kokainorgie hin. Der Fabrikant war verschwunden. Er wurde später in Hamburg verhaftet. Was war geschehen? Eine Tragödie hatte sich ereignet, wie sie nun in fast allen Grosstädten nahezu alltäglich geworden ist. Ein Dutzend Leute hatten sich in der Wohnung des Fabrikanten getroffen, der ihnen mit Kokain aufwartete. Das Mädchen hatte in ihrer wahnsinnigen Sucht, "sich aufzupulvern", fünf Körnchen zu sich genommen. Diese Dosis wäre für einen halbwegs abgehärteten Süchtigen vollkommen unschädlich gewesen; aber die "Anfängerin" wurde von ihr getötet.

Die Polizei arbeitete in aller Stille. Einflussreiche Personen waren in die Sache verwickelt. Aber die Polizei machte jeden einzelnen Teilnehmer an der Orgie ausfindig. Sie hatte dann genügend Anhaltspunkte, um eine ganze Reihe von Schleichhändlern und Hinterhauschemikern aufzuspüren, von denen die Süchtigen ihre Ware bezogen, und in drei Wochen stand ihr eine Liste von nicht weniger als 4000 Personen zur Verfügung, die ständige Kokainabnehmer waren. Dies war nur die Ausbeute eines polizeilichen Feldzuges in einer Stadt - ein Teil nur des Berliner Marktes, der von einer der grosszügigsten Schmugglerorganisationen beliefert wird. Ein einziges kapitalkräftiges Importsyndikat erlangt durch einen einzigen gelungenen Schmuggel genügend weisses Pulver, um die Kleinhändler für viele Monate mit Ware zu versehen. Die Importeure geben das reine Gift mit einem ungeheuren Nutzen an die Zwischenhändler weiter, die ihren Zwischengewinn noch wesentlich erhöhen, indem sie die Droge mit borsäurem Natron vermengen.

In Brüssel wurde vor einigen Monaten der Agent eines Importsyndikats von einem Zwischenhändler, der selbst kokainsüchtig war, ermordet, weil dieser von dem Gedanken beherrscht war, dass der Agent ihm verfälschte Ware liefere. Zwangsvorstellungen dieser Art sind kennzeichnend für die dem Kokaingenuss Ergebenen. Zuerst werden sie ungemein streitlustig. Später können sie den Gedanken nicht loswerden, durch Lieferung verfälschten Kokains betrogen zu werden. Und ihre Rachelust kennt dann keine Grenzen.

Die grauenhafte Gefahr des Kokaingenusses liegt darin, dass man von ihm, wenn man einmal damit angefangen hat, aus eigenem Willen überhaupt nicht, und auch durch Unterwerfung unter Entwöhnungskuren nur schwer wieder loskommen kann. Der erste Schnupfversuch vermittelt einen Zustand der Sorgenlosigkeit und des Wohlbefindens, wie man ihn nie zuvor gekannt hat. Der Erfahrene kann sich dann durch entsprechende Dosierung für einen Zeitraum von sechs bis acht Stunden in einen solchen Zustand hineinsteigern.

Es dauert wohl ein Jahr, bis der Kokainsüchtige diesem Rauschgift völlig

und unheilbar verfallen ist. Dies ist das dritte Stadium, der Beginn des wahren Weges zur Hölle, die Zeit, die man, wenn man nicht gerade unter Rauschgiftwirkung steht, in einem agonieähnlichen Zustand verlebt - jenes dritte Stadium, das fast stets ins Irrenhaus oder in den Tod führt.

### Zwischenfall im Vatikan.<sup>x</sup>

SPD. Die Blätter werden kaum darüber berichten, denn den Generalsekretär des Vatikans hat man doch nicht hinzugezogen.

**È vietato** (Es ist verboten...) - ein geflügeltes Wort in Italien. Es ist aber noch viel mehr verboten, als öffentlich bekanntgegeben wird. Unter Mussolini ist das ja auch nichts Besonderes. Nun wurde jüngst der neue Kirchenstaat geschaffen mit der Hauptstadt Città del Vaticano. Es ist zugleich die einzige Stadt im Staate, die kurz hinter der Peterskirche in Rom beginnt und aus mässiger Vogelperspektive durchaus übersehbar wäre... wenn ja, wenn ihn nicht 79 (in Worten: neunundsiebzig) brave Schweizer bewachen würden.

Mit aufgepflanztem Bajonett stehen sie vor den Schilderhäusern. Geldrot-blau gestreift leuchtet ihre mittelalterliche Tracht um die Wette mit dem blitzenden Stahl, der das Gewehrröhr überragt. Komischer Anblick: dieser durch 79 zu dividierende Militarismus. Wozu die fürchterliche Waffe? Ist die Stadt des Vatikans von grimmigen Feinden umlagert? Jawohl! Ich selbst war der Feind. Ich hatte nämlich das oberste Kriegsgesetz des Staates verletzt, das da lautet: Du darfst meine Soldaten nicht photographieren.

Die Wache schritt energisch auf mich zu: "Ich habe Ihnen ausdrücklich gesagt, es ist verboten. Wir werden den Apparat beschlagnahmen. Warten Sie, ich..." - Und damit drückte er auf einen Knopf, der einen grossen Teil der Soldateska mobil machen sollte. Es erschien zunächst ein mit zwei päpstlichen Orden geschmückter Oberschweizer (ohne Gewehr). Dem wurde der Fall auseinandergesetzt, übersetzt, zurückübersetzt (italienisch, deutsch und Berner Dialekt). "Ich habe nicht photographiert", beharrte ich. "Sie haben abgedrückt!" beharrte die scharfe Wache. Ich machte den Leuten in fachtechnisch hervorragenden Ausführungen klar, dass ich den pp. Meteranzeiger zurückgeschoben hätte, was die Wache wahrscheinlich für den gefährlichen Akt des Knipsens angesehen habe. Rede und Gegenrede dauerten etwa 10 Minuten. Dann wurde ein Detektiv in Zivil hinzugezogen. Der konnte nur italienisch. Die Geschichte musste nun vom Deutschen via Berner Oberland ins Italienische übertragen werden. Mit allem Wenn und Aber. Erstaunliche Leistung, rein sprachlich betrachtet!

Resultat: "Ja, wir werden den Film hier entwickeln, und wenn die Aufnahme nicht dabei ist, bekommen Sie ihn wieder!"

"Ich verreise heute!" (Pause).

"Dann schicken wir Ihnen die Bilder nach. Aber den Film müssen Sie herausgeben. Es kostet viel Strafe, wenn wir feststellen, dass Sie trotz Ihrer Aussage..."

Was blieb mir übrig: ich rollte den Film auf. (Schade um die letzten beiden ungebrauchten Negative!) Inzwischen hatten sich noch einige Kapazitäten des neuen Staates angesammelt. Darunter waren welche, die meinem ehrlichen Gesichte Glauben schenkten. Auch die Wache murmelte eine verstümmelte Entschuldigung: sie müsse es anzeigen, sonst gäbe es Arrest. Der Oberkommandierende gab sich einen Ruck: "Also, wenn Sie tatsächlich nicht photographiert haben, dann nehmen Sie den Film mit!" Und siehe da, er gab mir das beschlagnahmte Röllchen wieder heraus. Wahrscheinlich hat er nicht gewusst, auf welchen Titel der vatikanischen Etatsordnung die Unkosten für das Absenden bzw. Entwickeln des Films zu verrechnen sind.

Unterdessen schritt die Wache mit schwerem Tripp-Trapp auf und ab. Es

dauerte nicht lange, und die Militärs sowie ihre zivilen Sachverständigen zogen sich in ihre Festung zurück, die Sonne lächelte über den Petersplatz, der Friede war gesichert, endgültig.

+ + +

Angenommen aber, ich wäre geflohen! Hätte die päpstliche Wache blank gezogen, geschossen? Was wäre dabei alles an internationalen Verwicklungen herausgekommen? Garnicht auszudenken. Vielleicht wäre die Sache vor den Völkerbund gebracht worden... Mit Staatsautoritäten ist nicht zu spassen, auch wenn nur 79 Verteidiger dahinter stehen.

Das Gemeine an der Begebenheit ist nur, dass ich die Aufnahme doch gemacht habe.

O. F. Heinrich.

---

SPD. Der eiserne Berg bei Eisenerz.<sup>x</sup> In der Steiermark liegt am Erzbach der Marktflecken Eisenerz, der trotz seiner Winzigkeit - hat er doch nur rund 6400 Einwohner - in der Geschichte der Erzgewinnung oft genannt wird. Schon die Namen der Orte, Bäche und Strassen in dieser Gegend lassen das Vorkommen von Erzen deutlich erkennen. In unmittelbarer Nähe des Ortes Eisenerz liegt der berühmte Erzberg, der 1543 Meter hoch ist. Vor vielen Jahrillionen bildeten sich hier die Spateisenformationen, die heute den eisernen Berg bilden. Der Berg besteht fast vollständig aus Eisen, so dass er im Tagbau abgetragen werden kann. Der Eisengehalt des Gesteins beträgt bis zu 40 %. Der Eisenerzberg lässt sich urkundlich bis zur Römerzeit zurückverfolgen. Die Ausbeute betrug im Jahre 1913: 1,950 Millionen Tonnen, im Jahre 1928: 1,745 Millionen Tonnen Erze.

---

SPD. Ein altrömisches Privatbad.<sup>x</sup> In Pompeji, der unter der Asche des Vesuv-Ausbruchs vor annähernd 1900 Jahren begraben und in unsrer Zeit wieder auferstandenen Stadt, werden immer noch neue Funde gemacht. Im sogenannten "Haus der Mäander", wo vor Monaten ein grosser Schatz an kostbarem Silbergerät gefunden wurde, entdeckte man neuerdings ein Privatbad, das erste seiner Art. Die Ausstattung dieses Raumes ist besonders bemerkenswert wegen seiner gut erhaltenen Wandmalereien, die nicht, wie sonst stets, auf dem berühmten pompejanischen Grunde von Rot, sondern auf grünem Grunde gemalt sind.

---

SPD. Altitalienische Gartenbaukunst. Bei der kürzlich eröffneten Ausstellung in Florenz ist italienische Gartenbaukunst aus allen Jahrhunderten vereint. Kupferstiche, bildhauerische Modelle und farbige Darstellungen zeigen die hoch entwickelte Gartenbau-Architektur, die in Italien einst zur Blüte gelangte und in der Gegenwart völlig vernachlässigt wird. Das Gefühl für diese Kunst soll durch die Ausstellung neu erweckt werden. Deshalb wurde auch ein Wettbewerb für die Anlage grosser öffentlicher Volksgärten und für kleine Gärten einer Stadtvilla eröffnet. Die Entwürfe dazu wurden gleichfalls in Florenz ausgestellt.

---

SPD. Rossinis Perrücken.<sup>x</sup> Rossini war kahlköpfig, trug aber eine Perrücke. Oder vielmehr, er hatte mehrere Perrücken. Und wechselte im Tragen dieser Perrücken ab. Man sagte damals in Paris von ihm: "Sage mir, welche Perrücke Rossini aufsetzt, und ich will dir sagen, wo er eingeladen ist!"

---

# Preussischer Landtag

SPD. Berlin, den 6. Mai 1931

Der Preussische Landtag setzte am Mittwoch die zweite Beratung des Haus-  
halts des Finanzministeriums fort.

Abg. Simon-Neusalz (Soz)

betont, dass infolge der ausserordentlich schwierigen Finanzlage des Staates grosse Teile der Beamtenschaft die Gehaltskürzung im Staatsinteresse willig hin genommen hätten und auch die Sozialdemokratie infolge dieser Finanzschwierigkeiten von der Stellung neuer Ausgaben-Anträge zum Beamten-Etat diesmal abgesehen habe. Nur einige Anträge in grundsätzlichen Beziehungen habe die S.P.D. diesmal gestellt. Es müsse festgestellt werden, dass die Besoldungsbesserung aus dem Jahre 1927 durch die Gehaltskürzung für die Mehrzahl der preussischen Beamten wieder kassiert worden sei. Zur Ausgleichung des abermaligen Etatsdefizits habe die Regierung verschiedene Fonds gekürzt. Dabei dürfe man aber nicht schematisch verfahren. Leider seien bei den Kürzungen nämlich die sozialen Gesichtspunkte nicht im erwünschten Masse gewahrt worden. Vor allem dürfe man der Forstkultur- und der Schulverwaltung nicht die nötigen Mittel nehmen. Dafür solle man lieber bei Besichtigungsreisen hoher Beamter sparen. Die Sozialdemokratie behalte sich vor, zu prüfen, ob nicht die Kürzung der preussischen Ministerialzulagen auf die Reichshöhe sofort voll erfolgen könne, statt der vorgesehenen stufenweisen Anpassung. Weiter bedürften die Aufwandsentschädigungen einer Nachprüfung. Die Sozialdemokratie wende sich dagegen, dass Pensionäre oder Wartgeldempfänger, die ein bestimmtes Existenzminimum erhalten, als Doppelverdiener in der Privatwirtschaft den Erwerbslosen Konkurrenz machen und weise den Vorwurf zurück, als ob sie das Berufsbeamtentum beseitigen wolle. Wenn die neue Besoldungsordnung Bestand haben solle, müssten wenigstens im nächsten Jahre die allerdringendsten Härten beseitigt werden, z.B. bei den Justizwachtmeistern. Ein gewisses Fingerspitzengefühl sei darin zu vermischen, dass neben Kürzung der Sozialbeträge auch noch an Lappalien, wie dem Schreibmaterial, Kürzungen vorgenommen würden. Gewiss sei mit abermaligen Minderüberweisungen vom Reiche zu rechnen. Aber die Einsparungen bei Kleinigkeiten verärgerten die Beamten und die sozialen Kürzungen entzögen ihnen weitere 3,3 Millionen Reichsmark ausser der Gehaltskürzung. Angesichts der Ausführungen des Abg. Dr. Hess (Ztr.), dass die katholische Bevölkerung noch heute benachteiligt sei in der Verwaltung im demokratischen Staate betone er, dass auch diejenigen Volksschichten, die sich zur stärksten deutschen Partei, der Sozialdemokratie, bekennen, bei weitem noch nicht im entsprechenden Masse an der Verwaltung des Staates beteiligt seien. Vor dem Kriege seien von 423 Landräten 238 adlig, alle aber konservativ gewesen, während jetzt von 400 Landräten nur 65 Sozialdemokraten seien. Auch in den Ministerien, z.B. in der bedeutsamen Gruppe der oberen Beamten, bekannten sich nur wenige zur S.P.D. So wünschenswert es wäre, diesen Zustand zu ändern, so vertrete die S.P.D. doch vor allem den Standpunkt, dass nur wirklich geeignete Kräfte in die Staatsverwaltung gehörten. Angesichts des Zahlehmaterials könne man lediglich von einer Futterkrippenwirtschaft im alten Staat sprechen.

Der Redner fordert zum Schluss, dass die Beamten dem Staate treu dienen sollten und meint, dass ein Beamter, der sich nicht als Republikaner bekenne, nicht in die Staatsverwaltung gehöre. (Beifall b.d. Soz.)

Abg. Meyer-Herford (Dt. Volkspt.) erklärt, dass die preussischen Beamten den Staat hochgehungert hätten. Die Beamtenschaft sei die Grundlage des Staates gewesen und sei es heute noch. An den Rechten der Beamten dürfe nicht gerüttelt werden. Von der Preissenkung, die Zug um Zug mit der Gehaltsminderung kommen sollte, habe man wenig gemerkt. Die Staatsregierung müsse alles tun, um jede weitere Gehaltsherabsetzung zu verhindern.

Finanzminister Dr. Höpker Aschoff

bezeichnet die Behauptung als falsch, dass die Reisekosten im Haushalt so hoch angesetzt seien, dass auf jeden Beamten ein Betrag von 500 R $\mathcal{M}$  entfalle. In der Tat kämen auf den Beamten nur 85 R $\mathcal{M}$  an Reisekosten, die zweimal um je 5 Prozent herabgesetzt worden seien. Es sei aber zuzugeben, dass bei den Reisekosten vielleicht hier und da noch etwas sparsamer gewirtschaftet werden könne. Die Ministerialzulage in Preussen solle der niedrigeren im Reiche angepasst werden. Die Aufwandsentschädigung für Minister sei bereits nach dem Muster im Reich geregelt worden. Das Anwachsen der Pensionslasten, das kritisiert worden sei, bereite auch ihm Sorge. Es wirkten sich jetzt die vom Landtag früher beschlossenen Verbesserungen bei Pensionen usw. aus. Wenn man solche Verbesserungen durchgesetzt habe, so dürfe man sich nachher nicht über die Mehrausgaben beklagen. Zur Zeit seien etwa 1250 verwendungsfähige Wartegeldempfänger vorhanden.

Der Minister erklärt weiter: Ich beklage die Angriffe, die gegen das Beamtentum gerichtet werden, schmerzlich und lehne eine Auffassung ab, die offenbar davon ausgeht, dass die Beamtenschaft eine unproduktive Bevölkerungsschicht darstellt. Ich richte gerade an die Kreise der Wirtschaft die dringende Bitte, der Beamtenhetze entgegenzutreten, da ein gesunder Staat ein tüchtiges, geordnetes Beamtentum, auch im Interesse der Wirtschaft nötig hat. Volkswirtschaftlich gesehen, sind die Kosten einer geordneten Verwaltung nichts anderes als Generalunkosten der Wirtschaft. Der Gesetzentwurf der Reichsregierung über die Schaffung eines neuen Dienststrafrechts für Beamte wird im Juni im Reichsrat beraten werden, sodass er nach Wiederezusammentritt des Reichstags dort erledigt werden könne. Sollte jedoch eine reichsrechtliche Regelung im Herbst nicht erfolgen, so wird sie in Preussen selbständig getroffen werden müssen. Eine andere für die Beamtenschaft wichtige Frage ist die Regelung der Amtsbezeichnungen. Die preussische Staatsregierung hat für die Beamten des schwierigsten Bürodienstes, den Oberinspektoren, Inspektoren und Obersekretären, die Bezeichnung "Amtmann" vorgeschlagen. Schwierigkeiten, die beim Reich dadurch entstehen, dass die mittleren Beamten in gehobener Stellung bereits die Bezeichnung "Amtmann" haben sind hoffentlich zu überwinden.

Abg. Keller (Dt. Frakt.) ist der Ansicht, dass die Beamtenschaft nicht zu den produktiven Kräften des Volkes zu rechnen sei. Bei der Beamtenschaft hätten die Abbaumassnahmen schon viel früher in Angriff genommen werden müssen. Die letzte Beamtenbesoldungserhöhung habe ungeheure Mittel erfordert; jetzt zeige sich, dass eine Revision notwendig sei. Der Bauer könne für sich und seine Familie oft nicht einmal Schuhe kaufen, dagegen sehe man Dorfschullehrer mit dem Kraftwagen durchs Land fahren. Das schaffe eine grosse Erbitterung beim deutschen Landvolk.

Abg. Barteld-Hannover (Staatspt.) erklärt, wenn der Abg. Mursch (Dnat.) sich über die Beamtenhetze von Gewerkschaften beklagt habe, so sei zu fragen, ob er vielleicht den Reichslandbund für eine Gewerkschaft halte.

Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff

erklärt sich mit der von der Sozialdemokratischen Fraktion geforderten Revision des Beamtendisziplinarrechts und den hierzu gefassten Beschlüssen des Beamtenausschusses einverstanden; er glaube aber mit aller Bestimmtheit ein Reichsbeamten-Disziplinalgesetz für diesen Herbst in Aussicht stellen zu können. Die Beamten verrichten jetzt ihren Dienst fast ausnahmslos unter erheblich gewachsenen Schwierigkeiten mit aufopfernder Hingabe. (Beifall b.d. Reg. Part.)

Der Etat des Finanzministeriums wird genehmigt. - Hierauf wird der Gesetzentwurf über die Diätenkürzung in dritter Lesung debattelos angenommen. Die Verlängerung des Wohnungsgesetzes bis 1935 wird in dritter Lesung gegen die Wirtschaftspartei beschlossen.

Es folgt die zweite Lesung des neuen Polizeistrafrechts. -



Abg. Dr. von Eynern (DVP.) beantragt zur Geschäftsordnung Rückverweisung an den Verfassungsausschuss. Die Beratung sei dort überstürzt worden. Auch sei der stenographische Bericht nicht genau. - Abg. Dr. Borck (Dtn.): Der Ausschuss hat zwar mündliche Berichterstattung beschlossen. Aber wir sind bisher nicht in der Lage gewesen, unsere Fraktion zu unterrichten.

Abg. Haas (Soz.):

Der Ausschuss hat unter meinem Vorsitz eingehend beraten, und die jetzt vorliegenden Abänderungsanträge des Berichterstatters sind lediglich redaktioneller Natur. Das Verhalten der Deutschen Volkspartei ist wie stets zweideutig: in jeder politischen Debatte dieses Hauses klagt sie, es werde jetzt in Preussen nur verwaltet und nicht regiert; die Reformen blieben sämtlich stecken. Sobald wir aber eine zeitgemässe Reform durchführen wollen, treibt sie vom ersten Augenblick an systematische Obstruktion. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.)

Abg. Schwenk (Komm.): Beraten Sie doch überhaupt nicht mehr, sondern beschliessen sie einfach: die Polizei kann machen was sie will. (Zuruf bei den Soz.: Wie es in Russland schon Gesetz ist!)

Der Antrag auf Rückverweisung an den Verfassungsausschuss wird abgelehnt.

Abg. Dr. Hamburger (Soz.)

erstattet in eineinhalbstündiger Darlegung einen eingehenden Bericht über die Arbeiten und Debatten des Ausschusses. Die Absicht der Sammlung des verstreuten Rechts im Interesse der erhöhten Rechtssicherheit für die Staatsbürger, die Polizeibehörden und die Gerichte sei im Ausschuss allgemein begrüsst worden. Eine Verstärkung der Polizeigewalt bringe der Gesetzentwurf nicht, die Parteien seien sich darüber klar gewesen, dass er für eine lange Zeit Geltung haben sollte. Die Rechtsgarantien der Beschwerde und Klage vor den Verwaltungsgerichten seien in den Ausschussberatungen erhöht worden, die Zustimmungrechte beim Erlass von Polizeiverordnungen seien den Gemeindevorständen so erhalten geblieben, wie der Regierungsentwurf es vorsah, für die Stadt Berlin über den Entwurf hinaus erhöht worden. Von den Regierungsparteien sei ein Entschliessungsantrag vorgelegt worden, dass Aufgaben, die ihrem Wesen nach wohlfahrtspflegerischer Natur seien, den Polizeibehörden genommen und den Organen der Selbstverwaltung im Gesetzeswege übertragen werden sollen.

Der Berichterstatter behandelt dann eingehend den § 1 über die Polizei als Angelegenheit des Staates und den § 14, in dem die Generalvollmacht der Polizei aufgenommen ist und deutet die Auffassungen, die den Ausschuss bei den einzelnen Bestimmungen geleitet hat, Er hob zum Schluss hervor, dass der Präsident des Oberverwaltungsgerichts Drews den Entwurf als wohl gelungen bezeichne und der Ausschuss sich bemüht habe, ihn zu einem geeigneten Instrument für Staatsbürger und Verwaltung weiter auszubauen.

Fortsetzung der Debatte Donnerstag.

---

Landtags=Stimmungsbild.

---

SPD. Berlin, den 6. Mai (Eig. Ber.)

Der Laie nimmt vielleicht an, wenn im Preussischen Landtag der Etat des Finanzministeriums auf der Tagesordnung steht, müsse es eine grosse Debatte über die Lage der Staatskasse geben. Das ist ein Irrtum: diese Aussprache findet beim Etat der Allgemeinen Finanzverwaltung statt; der Etat des Finanzministeriums ist nur die Grundlage für eine grosse Beamtendebatte.

Und der Laie glaubt vielleicht, wenn draussen im Lande ein Volksbegehren auf Auflösung des Preussischen Landtages stattfindet, müsste die politische Erregung im Parlament hohe Wogen schlagen und leidenschaftliche Kämpfe herbei-

führen. Auch das ist ein Irrtum. Wie ist es im Preussischen Landtag friedfertiger zugegangen als gegenwärtig. Der Opposition gegen das Kabinett Braun ist jegliches Angriffsmaterial abhanden gekommen und alle Angriffslust verlorengegangen. Die Etatberatung rollt überraschend schnell ihrem Ende entgegen. Nie hat man z.B. beim Etat des Preussischen Ministerpräsidenten wie in diesem Jahr in der gesamten Aussprache kaum einen einzigen Vorwurf gegen den Ministerpräsidenten gehört: ein paar notdürftig zusammengesuchte Dinge aus dem Bereich der inneren Verwaltung, des Justizministeriums und der Schule mussten dazu herhalten, eine Debatte zu bestreiten, die träge dahinfluss, wie ein Bach im Hochsommer.

Nicht anders war es am Mittwoch bei der Beratung des Etats des Finanzministeriums und einer Beamtendebatte. Der Deutschnationaler Mursch, der Wirtschaftsparteiler Schellknecht und der Landvolkmann und Stahlhelmer Keller beteten ihre alten Sprüchlein ab, der Beamtenapparat sei inflationistisch aufgebläht, die Beamten leisteten keine produktive Arbeit, das Parteibuch bedrohe das Berufsbeamtentum und die Beamtenschaft sehne sich deshalb nach dem Kaiser zurück. Die Redner der Regierungsparteien verteidigten Beamtenschaft und Beamtenarbeit gegen die leichtfertige Beamtenhetze. Das Sonderbare an dieser Auseinandersetzung ist, dass dieselben Parteien der Rechten, die einen grossen Teil ihrer Wahlerfolge der sehr populären Beamtenhetze verdanken, sich zugleich als die grossen Beamtenfreunde aufspielen und zahlreiche Beamtenstimmen einfangen. - Auch einer der zahlreichen Beweise dafür, dass die politische Erziehung des deutschen Volkes noch längst nicht durchgreifend gelungen ist.

Der einzige, der in dieser Debatte etwas Neues zu sagen wusste, war der sozialdemokratische Abgeordnete Simon-Neusalz. Die eigentlichen Beherrscher der Ministerien sind die Referenten, die Ministerialräte, Oberregierungsräte und Regierungsräte. Aber diese hängen wieder weitgehend von ihren Bürovorstehern ab, die Amtmänner und Hilfsarbeiter heissen. Simon hatte aus sämtlichen preussischen Ministerien diese "Feldwebel der Verwaltungskompagnie" zusammengestellt: es sitzen in diesen Zentralstellen an tausend dieser stark herausgehobenen mittleren Beamten, und von diesen einflussreichen Posten hat die Sozialdemokratie noch nirgends auch nur 2 %. Damit vergleiche man das Riesengeschrei über die Parteibuchwirtschaft.

Schliesslich wurde der Etat des Finanzministeriums erledigt, ebenso in dritter Lesung ohne Debatte das Diätenkürzungsgesetz und die Verlängerung des Wohnungsgesetzes bis 1935.

Der Landtag trat dann noch in die zweite Lesung der Reformvorlage über das Polizeistrafrecht ein. Obwohl es sich dabei durchaus um kein politisches Problem, sondern lediglich um eine moderne und praktische Verwaltungsreform handelt, begannen unter Führung des Querkopfes von Eynern die vereinigten Oppositionsparteien schwarz=weiss=rot=Front sofort wieder mit der Obstruktion. Dabei hätten sie allein aus dem Bericht des sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Hamburger, der in eineinhalbstündigen Ausführungen die ganze Materie klar und erschöpfend darlegte, unendlich viel lernen können.

Die Debatte wird am Donnerstag fortgesetzt.